

Hitz, Kramer, Malcik, Zach

GR AUM GESELLSCHAFT WIRTSCHAFT



Begleitheft



**MATURA
KOMPETENT**

Mit kompetenzorientierten Aufgaben und
Methoden sowie Maturavorbereitung



Ed. Hölzel

Inhaltsverzeichnis

Die in Klammern stehenden Seitenangaben beziehen sich auf das Schulbuch.

Lehrplanauszüge.....	3
Didaktisches Konzept.....	4
Anmerkungen zu den Schulbuch-Kapiteln und Aufgaben-Lösungen.....	ab 5
1. Räume und Strukturen.....	5
1.1 Wo endet Europa? (3).....	5
1.2 Der Naturraum (8).....	6
1,3 Kulturraum Europa (10).....	7
1.4 Politische Merkmale (14).....	7
1.5 Wirtschaftliche Merkmale: Zentren und Peripherien (15).....	8
2. Der europäische Integrationsprozess.....	8
2.1 Europa wächst zusammen (17).....	8
2.2 Ziele der EU (20).....	8
2.3 Wie ist die EU organisiert? – Die Organe der EU (22).....	8
2.4 Wie die EU arbeitet (24).....	9
2.5 Die EU und die Welt (27).....	9
2.6 Europa wächst weiter zusammen (28).....	9
3. Wirtschaftspolitik der EU.....	10
3.1 Binnenmarkt und Wettbewerb (30).....	10
3.2 GAP – Gemeinsame Agrarpolitik (32).....	10
3.3 Gemeinsamer Markt – mehr Verkehr (34).....	11
3.4 Die Währungsunion (38).....	11
3.5 Was kostet Europa? (41).....	12
4. Räume im Wandel.....	12
4.1 Unterschiedliche Landnutzung in Europa (42).....	12
4.2 Wandel der Landwirtschaft im Mittelmeerraum (47).....	14
4.3 Tourismus in Europa (53).....	14
5. Gesellschaft im Wandel.....	16
5.1 Ein europäischer Weg für die Gesellschaftsentwicklung? (61).....	16
5.2 Welche Chancen bietet mir Europa? (66).....	17
5.3 „Einwanderungskontinent“ Europa – Ursachen und Folgen (68).....	17
6. Räumliche Disparitäten.....	18
6.1 Disparitäten in Europa (72).....	18
6.2 Nordeuropa (Skandinavien): Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle (78).....	19
6.3 Kroatien: der mühsame Weg eines neuen Staates (83).....	20
6.4 Irland: der Weg aus der Unterentwicklung (87).....	20
6.5 Zypern: Gegensatz Norden – Süden (90).....	21
6.6 Regionalentwicklung über Grenzen hinweg (93).....	21
Literaturhinweise.....	22
Kopiervorlage: Erde – Staaten.....	23
Kopiervorlage: Europa – Staaten.....	24

Begleitheft zu RGW 6 NEU (SB-Nr. 120472), Neuausgabe 2013

Von Harald Hitz, Gustav Kramer, Wilhelm Malcik,
Franz Zach

2. Auflage 2013

Alle Rechte vorbehalten.

Karten und Grafik: Ed. Hölzel Ges.m.b.H. Nfg KG, Wien

ISBN 3-85116-492-3

Verlag Ed. Hölzel

Auszug aus dem Oberstufenlehrplan

Der gesamte Lehrplan mit der sehr wichtigen Bildungs- und Lehraufgabe sowie den nicht minder wesentlichen didaktischen Grundsätzen steht im Internet unter

http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/lp/lp_ahs_oberstufe.xml

Nachstehend findet man aus dem GWK-Lehrplan nur den Bereich „**Lehrstoff für die 5. und 6. Klasse**“. Infolge der Schulautonomie ist es nämlich auch möglich, die für die 5. und 6. Klasse vorgesehenen Themen in einem Dreistundenfach entweder nur in der 5. oder nur in der 6. Klasse zu erarbeiten. Der „Normalfall“ wäre, in der 5. Klasse den Themenbereich „Die soziale, ökonomisch und ökologisch begrenzte Welt“, in der 6. Klasse den Themenbereich „Vielfalt und Einheit – das neue Europa“ zu behandeln.

Die soziale, ökonomisch und ökologisch begrenzte Welt

Gliederungsprinzipien der Erde nach unterschiedlichen Sichtweisen

– Gliederungsmöglichkeiten der Erde nach naturräumlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen aufzeigen.

– Einsicht gewinnen, dass Gliederungen immer einem bestimmten Zweck dienen, dass Grenzen Übergangszonen und die abgegrenzten Gebiete meist nicht einheitlich sind.

Landschaftsökologische Zonen der Erde

– Wechselwirkung von Relief, Klima, Boden, Wasser und Vegetation verstehen.

– Klimadaten in Diagramme umsetzen und daraus eine Klimagliederung der Erde ableiten.

Bevölkerung und Gesellschaft

– Die Dynamik der Weltbevölkerung unter Bezugnahme auf das Modell des demographischen Überganges analysieren und ihre heutige und die mögliche zukünftige Verteilung darstellen.

– Ursachen und Auswirkungen der räumlichen und sozialen Mobilität in verschiedenen Gesellschaften erkennen.

Die Menschen und ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse

– Die Bedeutung der Märkte und der Preisbildung für die Verteilung knapper Güter und für die grenzenlosen Bedürfnisse erkennen.

– Wirtschaftliche Ungleichheiten auf der Erde anhand der Verfügbarkeit an Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit, Kapital, Humanressourcen) sowie als Folge politischen Handelns erklären können.

Nutzungskonflikte an regionalen Beispielen

– Regionale Konflikte um die Verfügbarkeit von knappen Ressourcen (Boden, Wasser, Bodenschätze usw.) und dahinter stehende politische Interessen erklären können.

– Erfassen, wie sich Naturereignisse auf Grund des sozialen und ökonomischen Gefüges unterschiedlich auswirken.

Vielfalt und Einheit – das neue Europa

Raubegriff und Strukturierung Europas

– Unterschiedliche Gliederungskonzepte Europas nach naturräumlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen begreifen; Erfassen des Europa-Begriffes.

– Die wichtigsten räumlichen und ökonomischen Auswirkungen des Integrationsprozesses der Europäischen Union kennen.

Produktionsgebiete im Wandel – Außerwert- und Inwertsetzung als sozioökonomische Problemstellungen

– Die Abhängigkeit landwirtschaftlicher Nutzung vom Naturraumpotenzial und den agrarsozialen Verhältnissen erkennen.

– Die Eignung von Naturräumen für die Tourismusentwicklung sowie die Folgen der Erschließung vergleichend bewerten.

Konvergenzen und Divergenzen europäischer Gesellschaften

– Die europäische Dimension für die Gesellschaftsentwicklung erfassen und die Chancen für die eigene Lebens- und Berufsplanung erkennen.

– Erkennen, dass sich Europa zum Einwanderungskontinent entwickelt hat.

Wettbewerbspolitik und Regionalpolitik

– Einsicht in die Maßnahmen und Auswirkungen der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union gewinnen. Deren Träger, Instrumente und Funktionsweise kennen lernen und kritisch bewerten.

– Regionale Disparitäten an ausgewählten Staaten und überstaatlichen Gebilden erkennen und analysieren sowie die Bedeutung der Regionalpolitik für den Abbau derselben erfassen.

Regionale Entwicklungspfade im Vergleich

– Anhand ausgewählter Beispiele die Veränderungen in Raum, Wirtschaft und Gesellschaft nach einem Beitritt zur Europäischen Union aufzeigen.

– Erfassen der Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für die Raumentwicklung.

Das didaktische Konzept

Schülergerecht und lehrerfreundlich – Bewährtes und Neues in einem vollständig überarbeiteten Buch.

Die bekannte Reihe RGW wurde für den neuen Oberstufen-Lehrplan neu bearbeitet, zum Teil neu geschrieben und mit neuen methodischen Elementen ausgestattet – die Auflage 2009 überdies in einem neuen Layout gestaltet und 2013 eine kompetenzorientierte Umarbeitung und Ergänzungen für den Weg zur Matura vorgenommen.

RGW versucht grundsätzlich, genügend Material für die Eigentätigkeit der Schüler/innen anzubieten, damit aus der Erarbeitung ein gesichertes geographisch-wirtschaftskundliches Grundwissen entstehen kann. Der formale Aufbau wurde so gewählt, dass dieses Ziel leicht erreicht werden kann.

Am Beginn jedes Kapitels steht am Ende der Seite der Block „**Hier erfahren Sie**“. Darin sind verkürzt und in einfachen Worten die jeweiligen Lernziele des Kapitels dargelegt. Je nach Situation der Klasse können davon Abstriche oder Ergänzungen gemacht werden.

Die **Basisinformationen** befinden sich in den zwei Hauptspalten des Buches. Dabei handelt es sich in der Regel von den Autoren formulierte Sachtexte. Die **Nummerierung der Textblöcke** erleichtert die Handhabung und ermöglicht gezielte Verweise auf bestimmte Inhalte. Bei den Aufgaben wird auf die entsprechenden Nummern verwiesen.

Quellentexte – also Auszüge aus verschiedenen Medien – und ergänzende Erläuterungen sind immer blau unterlegt. Sie dienen der originalen Begegnung mit bestimmten Problemen oder der Vertiefung der Basisinformationen und sollen ausgewertet werden.

Der Auswertung dienen auch die zahlreichen **Tabellen**. Dabei steht die Lernmöglichkeit für die Schüler/innen im Vordergrund. Die letztmögliche Aktualität von Zahlen ist in einem Schulbuch nicht möglich. Zur Auswertung sind weiters vielfältige **kartographische Ausdrucksmittel** im Buch enthalten: Thematische Karten, Diagramme, Kartogramme und Skizzen ergänzen die Karten im Atlas. Den gleichen Zweck sollen die vielen **Farbbilder** und Schemata erfüllen, die auch Arbeitsaufträge durch die Lehrkraft herausfordern sollen.

Da RGW als **Lehr- und Arbeitsbuch** konzipiert ist, werden sehr viele **kompetenzorientierte Arbeitsaufträge** angeboten. Die Aufgaben stehen immer in gelb unterlegten Blöcken und sind bestimmten Textblöcken zugeordnet. Natürlich müssen nicht alle Aufgaben bearbeitet werden: Das große Angebot soll der Lehrkraft mehr Auswahl ermöglichen, aber auch Gruppenarbeit zu verschiedenen Lernzielen ermöglichen. Um diese Auswahl gezielt vornehmen zu können, wurden alle Aufgabe durch Symbole charakterisiert:



Diese Aufgaben sind mit den Materialien des Lehrbuches und mit dem Atlas zu beantworten.



Antworten zu diesen Aufgaben sollen von den Schülerinnen und Schülern eigenständig in verschiedenen Medien recherchiert werden: Atlas, Fachliteratur, Lexika, Almanache, vor allem aber das Internet und hier besonders die Homepage zum Lehrbuch können zur Bearbeitung herangezogen werden.



Diese Aufgaben enthalten Anregungen zum Nachdenken, zu persönlichen Stellungnahmen oder zu Diskussionen in Partner-, Gruppen- oder Klassenarbeit.

Das Buch bietet viel mehr Material an, als durchgenommen werden muss oder kann. Die Lehrkräfte (und auch die Schüler/innen) haben so die Möglichkeit, auszuwählen. Stets sind dabei die Lernziele verbindlich, nicht jedoch die Lerninhalte. Daher ist dieses Buch kein „geheimer Lehrplan“, es bietet mehr Themen, als der Lehrplan in seinen Zielen vorgibt.

RGW legt keine bestimmte Unterrichtsmethode fest, wenngleich es grundsätzlich für den Arbeitsunterricht konzipiert ist. Die Wahl der Methode liegt jedenfalls in der Entscheidung der Lehrkraft. Häufig wird auf den Atlas verwiesen: Die Sicherung und Ausweitung des topographischen Rasters wird vom Lehrplan ganz konkret gefordert. Auch die im Buch enthaltenen Karten und Kartogramme verfolgen diese Absicht.

Die Wirtschaftskunde ist in RGW so selbstverständlich in die Geographie integriert, dass nicht besonders darauf hingewiesen werden muss.

Um den Anforderungen jüngster mediendidaktischer Entwicklungen zu folgen, bieten Autoren und Verlag eine eigene **Homepage** zu RGW an:

www.hoelzel.at/rgw

Diese Homepage bietet Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern gleichermaßen kostenlos Zugriff auf ergänzende und weiter führende Inhalte zu den meisten Kapiteln des Schulbuches. Dabei handelt es sich um:

- 1. Texte**, die vertiefende Sachinformation bieten und oft mit eigenen Arbeitsaufgaben versehen sind;
- 2. Arbeitsblätter**, die zusätzliche Grafiken bieten, um die Basisinformationen des Schulbuchs zu ergänzen. Hier werden weitere Aufgaben angeboten, die zur Bearbeitung der Lerninhalte im Schulbuch anregen sollen.
- 3. Zusatzkapitel**, die das Angebot im Schulbuch um zusätzliche Themen erweitern oder auch manche Schulbuchkapitel ersetzen können. Auch hier werden wie im Buch selbst weitere Aufgaben vorgeschlagen.

Zu den weiter führenden Aufgaben auf der Homepage finden nur Sie als Lehrkraft die jeweiligen Anregungen und Lösungsansätze am Ende dieses Lehrerheftes.

Alle **Webseiten können ausgedruckt** und in die Arbeitshefte oder -mappen der Schüler/innen eingefügt werden. Sie können sowohl im EDV-Saal der Schule oder zu Hause im Sinne von **E-Learning** das selbständige Erarbeiten ergänzender Lerninhalte und Recherchetechniken fördern. Die Homepage zu RGW kann für Gruppen- und Partnerarbeit, für Vorbereitungen, kleine Referate und Präsentationen dienen, weiters für Inhalte des Wahlpflichtfaches Geographie und Wirtschaftskunde, schließlich für die Ausarbeitung von Spezialgebieten und die Vorbereitung auf die Reifeprüfung oder als Ansatzpunkt für Fachbereichsarbeiten.

Die Schüler/innen sollen aber über die Homepage hinaus die Möglichkeiten des Internets nutzen und Themen weiter bearbeiten. Deshalb werden nicht nur auf der Homepage auch externe **Links** angeboten, sondern auch gezielt im Buch am unteren Seitenrand. Dabei wurde darauf geachtet, nur solche Links zu setzen, die auch längerfristig Bestand haben. Aus demselben Grund wird darauf verzichtet, detaillierte Pfade anzugeben, die mitunter sehr schnell nicht mehr aktuell sein können.

1. Räume und Strukturen

Die Lehrplanforderung zu diesem Kapitel ist einfach und scheinbar klar: „Unterschiedliche Gliederungskonzepte Europas nach naturräumlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Merkmalen begreifen; Erfassen des Europa-Begriffes“ lautet das Lernziel.

Es geht also um Fragen, die gerade in der heutigen Zeit die politische Debatte rund um die EU-Erweiterung bestimmen. Der GWK-Unterricht soll und muss hier – auch aus der Dimension der politischen Bildung heraus – Antworten geben oder wenigstens Antwortversuche riskieren, diskutieren und unterschiedliche Standpunkte rational abwägen. Angesichts vieler vorhandener Vorurteile, gegebenen Halbwissens und anderer Imponderabilien hat der GWK-Unterricht die schwierige Aufgabe, zu diesem Problem „Licht ins Dunkel“ zu bringen.

In diesem Zusammenhang kann auch das topographische Grundwissen entsprechend ausgeweitet werden, wobei als Minimalziel eine „Karte Europas im Kopf“ der Schülerinnen und Schüler anzustreben ist (also eine Kenntnis etwa davon, dass Schweden im Norden Europas zwischen Norwegen und Finnland liegt usw.).

1.1 Wo endet Europa?

Gerade diese Frage hat die Gremien der EU, aber auch viele Europäer und Europäerinnen (ein Blick in die Leserbriefseiten diverser Tageszeitungen hat genügt), in den letzten Jahren beschäftigt, vor allem natürlich im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittswunsch der Türkei. Hier ist es die vordringliche Aufgabe des GWK-Unterrichts, wesentliche Kriterien für Antworten auf diese Frage aufzuzeigen. Gefährlich ist daran, dass es keine endgültigen Antworten gibt! Diese Erkenntnis den Schülerinnen und Schülern beizubringen, ist wohl die wichtigste Aufgabe des GWK-Unterrichts.

Demgemäß hat dieses Kapitel folgenden Aufbau: Die Kapitelüberschrift formuliert die zentrale Frage und bietet folgende Denkschritte: Probleme der Abgrenzung (Schwierigkeit im Osten und Südosten), verschiedene Begründungen für die Abgrenzung, heutige Versuche der Erfassung Europas (Europarat, UEFA ...) mit der Problematik der Zugehörigkeit der Türkei zu Europa. Die Bildseite 7 soll aufdecken, inwiefern die räumlichen Vorstellungen unserer Schülerinnen und Schüler an Klischees orientiert sind und andererseits bewirken, dass die Vorstellungen über Europa ausgeweitet werden.

Es wird absichtlich nicht auf die Abgrenzung Europas in der Antike eingegangen – hier wäre ein fächerübergreifender Ansatz mit Latein oder Geschichte denkbar. Als Denkanstöße dienen hier die Texte auf Seite 3 rechts unten und Seite 4 links oben, wo es auch um die Frage der Bedeutung des Christentums für Europa geht.

Zu den Aufgaben

Seite 3, zu 1

A 1: Wahrscheinlich wird erkannt werden, dass die Grenzen Europas in Richtung Osten und Südosten problematisch sind.

A 2: Die Behauptung ist richtig, wenn man Russland als europäisches Land bezeichnet. (Dies ist auch richtig, weil die russisch-europäische Kultur sich durch das Vordringen der Russen bis zum Pazifik ausgebreitet hat.) Die Behauptung ist falsch, wenn man den Ural als Ostgrenze Europas annimmt. (Dann würde der sibirische Anteil Russlands zu Asien gehören.)

A 3: Vor allem in früheren Jahrhunderten bis zum 1. Weltkrieg und später war man der Meinung, dass naturräumliche Gegebenheiten (Gebirge, Flüsse, dichte Wälder ...) politische Grenzen markieren sollten. Beispiele dazu: Pyrenäen (Grenze Spanien – Frankreich), Erzgebirge (Grenze Deutschland – Tschechien), Riesengebirge (Grenze Tschechien – Polen), Alpenhauptkamm (Grenzen Italien – Frankreich, Österreich – Italien, Österreich – Slowenien), March (Grenze Österreich – Slowakei), Donau (Grenzen Österreich – Deutschland, Slowakei – Ungarn, Rumänien – Bulgarien ...), Rhein (Grenzen Österreich – Schweiz, Frankreich – Deutschland ...), Oder (Grenze Deutschland – Polen) ...

Siehe auch Arbeitsblatt auf der Homepage: „Naturentlehnte“ Grenzen in Europa

Begründungen für Grenzen, die sich am Naturraum orientieren: Man war der Meinung, dass z.B. Hochgebirge schwer zu überqueren sind und deshalb eine deutliche Staatsgrenze darstellen.

Begründungen gegen Grenzen, die sich am Naturraum orientieren: Alle Grenzen, auch solche im Naturraum, sind von Menschen als Grenzen gezogen worden. So können Menschen mit gleicher Sprache an beiden Ufern eines Flusses (Beispiel: Donau in Ungarn in Nord-Süd-Richtung) leben oder auf beiden Seiten eines Hochgebirges (Nord- und Südtirol).

A 4: Da alle politischen Grenzen von Menschen festgelegt werden, können diese auch verändert oder verschoben werden. Früher war man der Meinung, dass die verschiedenen Völker Europas möglichst durch Grenzen voneinander getrennt sein sollten und nahm dafür Kriege, Vertreibungen usw. in Kauf (1945 Vertreibung deutschsprachiger Bevölkerung aus dem östlichen Europa; 1991 bis 1995 wechselseitige Vertreibung von Bosniern, Kroaten und Serben). Die EU bemüht sich heute, die politischen Staatsgrenzen durchlässig zu gestalten. Heutige Staatsgrenzen in Europa sollen deshalb vor allem Verwaltungsgrenzen sein, aber nicht scharf bewachte Grenzen des eigenen Territoriums.

Seite 4, zu 2

A 1: Zur Auswahl stehen aus dem Text folgende Grenzen: Podolische Platte; Schwarzes Meer – Dnjepr – Ladogasee; Don – Wolga – Kama; Ural ... (Schulbuch S. 8, 1. Absatz); Jenissei – Kirgisenschwelle – Nordsyrien; Weißes Meer – Finnischer Meerbusen – östliche Karpaten.

Seite 4, zu 3

A 1: Mehrheitlich von Muslimen bewohnt sind Albanien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina und, sofern man mit der Zugehörigkeit zu Europa einverstanden ist, die Türkei. Muslimische Minderheiten sind in vielen Staaten Europas zu finden.

A 2: 1. Weltkrieg, 2. Weltkrieg, Jugoslawien-Konflikt.

Seite 6, zu Abb. 6.1

Diese Gliederung Europas ist eine von mehreren möglichen Einteilungen und kann selbstverständlich keine absolute Gültigkeit beanspruchen. Einige Fragen, die sich stellen: Gehört Estland zu Nord- (so will es die Politik Estlands wegen der „Nähe“ zu Finnland) oder doch zu Osteuropa? Gehören Lettland und Litauen zu Osteuropa oder doch eher zu Ostmitteleuropa (aus kulturellen Gründen etwa)? Ist eine Unterscheidung nach Westmittel- und Ostmitteleuropa überhaupt legitim (Prag liegt westlicher als Wien ...)? Gehört Griechenland zu Südeuropa oder doch zu Südosteuropa (orthodoxe Religion ...)? Sollte Slowenien eher zu

Ostmittel- (wegen der slawischen Sprache) oder doch zu Westmitteleuropa gehören? Kroatien fühlt sich völlig Mitteleuropa zugehörig (jahrhundertlange Zugehörigkeit zu Österreich bzw. Österreich-Ungarn). Gehört wirklich ganz Frankreich zu Westeuropa oder sollte man nicht den Süden Frankreichs zu Südeuropa zählen?

Hier kann man den Schülerinnen und Schülern einerseits die Problematik derartiger Gliederungen aufzeigen und andererseits mit ihnen den gesellschaftlichen Wunsch vieler Europäerinnen und Europäer nach einer Gliederung („Ich fahre im Urlaub in den Süden, also nach Südeuropa!“) diskutieren. Kriterien zu möglichen Gliederungen werden in den folgenden Kapiteln (nach dem Naturraum, nach der Kultur ...) vorgestellt.

Eine interessante Variante stellt die Produktion und anschließende Diskussion alternativer Gliederungen Europas dar. Als ein Beispiel sei auf die Europagliederung bei www.wetteronline.de verwiesen. Die Schülerinnen und Schüler sollen mit verschiedenen Farben eine stumme Staatenkarte Europas mit den Angaben aus der Homepage bemalen und dann mit Abb. 6.1 vergleichen. Sie können dann selbst entdecken, bei welchen Staaten es Probleme mit der Zuordnung gibt.

Seite 6, zu 4 und 5

A 1: Israel, Kasachstan, Aserbajdschan, (Türkei, Georgien, Armenien).

A 2: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien, Israel, Libanon, (Türkei).

A 3: christlich: Armenien und Georgien; muslimisch: Aserbajdschan und Kasachstan.

A 4: Die Merkmale der früheren Hochkultur, die Europa beeinflusst hat, sowie eine relativ starke Minderheit, könnten für eine Zugehörigkeit zu Europa sprechen. Das eigene Selbstverständnis (Araber, mehrheitlich Muslime, orientalische Kultur) spricht jedoch gegen eine Zugehörigkeit zu Europa.

A 5: Es sollte den Schülerinnen und Schülern klar werden, dass die Fragen „Türkei gehört zu Europa“ oder „Türkei (nicht) in die EU“ nicht leicht zu beantworten sind und komplexe Ansätze zur Beantwortung verlangen. Zu achten ist darauf, dass nicht Vorurteile in der Diskussion dominieren, sondern rationale Beweisführungen gefordert werden. (Auch diese können höchst kontroversiell ausfallen!)

Siehe dazu weitere Texte auf der Homepage:

Text: In Diyarbakir merkt man nichts von Europa, nicht einmal etwas vom westlichen Istanbul

Text: Konservatives Land auf dem Sprung in die Moderne. Ein Besuch in Konya (Türkei)

Seite 6, zu 5

A 6 Voraussetzung für Antworten auf diese Aufgabe ist die Erkenntnis, dass Grenzen von Menschen „gemacht“ werden und der Naturraum für die Abgrenzung im Osten und Südosten ungeeignet ist und dass somit der Erdteil Europa ein kulturelles Konstrukt ist.

A 7 Alle Fotos stammen aus Europa!

Abb. 7.1: Alexander Nevskij Kirche, Altstadt von Tallinn (Estland)

Abb. 7.2: Schloss Trakai (Litauen)

Abb. 7.3: Dünen in der Kurischen Nehrung (Litauen)

Abb. 7.4: Dom in Vilnius (Litauen)

Abb. 7.5: Strand an der Schwarzmeerküste (Rumänien)

Abb. 7.6: Altes Bauernhaus an der Westküste (Irland)

1.2 Der Naturraum

Als Vorbereitung für die Schülerinnen und Schüler sollten die Arbeitsblätter „Der Naturraum 1 und 2“ als Folien (siehe Homepage) gezeigt und kurz besprochen werden, bevor sie die Arbeitsaufgabe A1 des Abschnittes 2 durchführen.

Zu „Naturraum 1, Abb. 2: Das Pariser Becken wird besonders nach Osten hin von mehreren Schichtstufen umrandet. Die Landschaft wurde durch endogene und exogene Kräfte geformt: Die Senkung des Landes führte zur schüsselförmigen Anordnung der ehemals horizontal gelagerten und von unterschiedlich hartem Gestein aufgebauten Schichten. Die Erosion formte die Schichtstufen aus. So entstanden die von Westen her sanft ansteigenden und nach Osten steil abfallenden Landrücken. Diese werden stellenweise von Flüssen durchbrochen.

Zu „Naturraum 2“, Abb. 2: Die Abbildung 2 zeigt einen Teil des Ostrand des Pariser Beckens. Das Foto wurde von Osten her aufgenommen, wodurch der Steilabfall einer auslaufenden Schichtstufe deutlich sichtbar wird.

Zu den Aufgaben

Seite 8, zu 2 und Abb. 8.2

A 1: Zur Einordnung der Landschaften eignet sich am besten folgender Raster:

Tief- länder	Tafel- länder	Rundbuckel und Seen- landschaft	Schwellen- und Rand- gebirge	Hochländer und Hoch- becken	Hoch- gebirge

Seite 9, zu 3

Besonders zu beachten sind:

- Jahresamplitude der Temperaturen
- In welchem Temperaturbereich verläuft die Temperaturkurve (mittlere Jahrestemperatur)?
- mittlerer Jahresniederschlag
- Dauer und Zeitpunkt der Regen- und Trockenzeiten

Beispiel Bergen: Temperaturen und Niederschläge sind relativ ausgeglichen über das Jahr verteilt, die Jahresamplitude der Temperatur ist klein. Sie liegt knapp unter 8°C. Die Niederschläge sind sehr hoch als Folge der ozeanischen Lage und der dahinter liegenden Gebirge (Stauregen). Die Niederschläge fallen das ganze Jahr über mit Spitzenwerten zwischen August und Februar.

1.3 Kulturreaum Europa

Dieses Kapitel schließt in seinem allgemeingeographischen Gehalt an das Kapitel 1.3 Religionen und Sprachen auf der Erde (RGW 5 NEU, S. 10–12) aus der 5. Klasse an. Ein fächerübergreifender Unterricht ist mit Geschichte, Religion und Deutsch möglich.

Zu den Aufgaben

Seite 10, zu 1

A 1: Bereich Religion: nicht nur Kirche oder Moschee, sondern römisch-katholische Kirche im Barockstil (18. Jh.) ..., evangelische Kirche aus dem 19. Jh., Moschee mit Minaretten, religiöse Kleinkunstdenkmäler (Bildsäulen, Marterln ...); **Bereich Sprache und Schrift:** Verwendung verschiedener Schriften (lateinisch, kyrillisch, arabisch ...), mehrsprachige Aufschriften oder auch Speisekarten (Hinweis auf Touristen) ...; **Bereich Kleidung:** abhängig von Modeströmungen, aber auch von Berufen, vom Klima (Gegensatz Nord-/Südeuropa im Winter), von der Tradition („Trachten“ oder „Einheits-Jeans“); **Bereich Architektur:** Baustile aus verschiedenen Jahrhunderten (südbayerisch-österreichisches Barock, baltischer Jugendstil ...), früher bevorzugte Baumaterialien (Holz in Nord-, Stein in Südeuropa) ...

A 2: Die Bezeichnung „skifahrende Österreicher“ ist prinzipiell ein Vorurteil, weil eben nicht alle Österreicher Skifahrer sind. Relativ gesehen, z.B. zur Bevölkerung Ungarns, sind jedoch viel mehr Österreicher Skifahrer, weshalb ein wahrer Kern in dieser Bezeichnung steckt und der Realität dann auch nahe kommt. Es hängt auch davon ab, ob die Bezeichnung im positiven oder negativen Sinn eingesetzt wird. Gefährlich werden derartige Vorurteile, wenn sie zu Stereotypen werden und dann nicht mehr hinterfragt werden. Sehr negative Beispiele etwa wären die nationalen Vorurteile vor dem 1. Weltkrieg, heute aber auch so genannte „Witze“ über Menschen aus anderen Staaten, die nicht kritisch hinterfragt werden.

Seite 11, zu 2

A 1:

Sprachgruppe	Sprache/Land
slawisch	russisch/Russland tschechisch/Tschechien slowakisch/Slowakei polnisch/Polen slowenisch/Slowenien kroatisch/Kroatien
germanisch	deutsch/Deutschland, Österreich, Schweiz englisch/Vereinigtes Königreich, Irland norwegisch/Norwegen schwedisch/Schweden, Finnland dänisch/Dänemark
romanisch	französisch/Frankreich, Schweiz italienisch/Italien, Schweiz spanisch/Spanien rumänisch/Rumänien portugiesisch/Portugal

A 2: griechisch, albanisch, lettisch, litauisch, armenisch, walisisch ...

A 3: finnisch, estnisch, ungarisch.

A 4: maltesisch, baskisch, (türkisch in Griechenland).

Seite 11, zu 3

A 1: Estland: Russen; Lettland: Russen; Litauen: Russen und Polen.

A 2: Rumänien, Bulgarien, Moldau, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Ukraine, Russland, Serbien und Montenegro.

A 3: Spanier, Katalanen, Galizier, Basken.

A 4: Angehörige der iranischen Gruppe (Kurden, Perser, Osseten ...), oft auch die Armenier.

A 5: Minderheiten müssen überproportional gefördert werden, um mit der Mehrheitsbevölkerung gleichberechtigt sein zu können. „Marktkräfte“ müssen hier ausgeschaltet werden, weil sonst die Minderheit keine Überlebenschance hätte. Ein Beispiel: Die Kosten für ein deutschsprachiges und für ein slowenischsprachiges Schulbuch sind annähernd gleich (Annahme: je 40 000 Euro Produktionskosten) – wenn vom deutschsprachigen Buch pro Jahr 10 000 Exemplare verkauft werden und vom slowenischsprachigen nur 100, so sind die Herstellungskosten im deutschsprachigen Buch mit 4 Euro enthalten, im slowenischsprachigen aber mit 400 Euro! Folge: Das slowenischsprachige Buch müsste 100-mal teurer sein als das deutschsprachige, slowenischsprachige Schüler wären finanziell massiv schlechter gestellt. Daher soll ein finanzieller Ausgleich stattfinden, der vom Staat garantiert wird.

Seite 13, zu 4

A 1: Nordeuropa: evangelisch; **Westeuropa:** katholisch und evangelisch; **Südeuropa:** katholisch; **Osteuropa:** orthodox; **Westmitteleuropa:** katholisch und evangelisch; **Ostmitteleuropa:** katholisch; Südosteuropa orthodox.

A 3: In Armenien dominiert die katholisch unierte Kirche.

A 4: Slowenen, Kroaten (sowie kroatische Bosnier) und Magyaren: katholisch, lateinische Schrift; Serben (sowie serbische Kroaten, serbische Bosnier) und Montenegriner: orthodox, serbische Sprache und kyrillische Schrift; Bosniaken sowie Albaner muslimisch, lateinische Schrift ...

1.4 Politische Merkmale

In diesem Kapitel werden politischgeographische Merkmale auf sehr einfachem Niveau behandelt. Topographische Verknüpfungen sind leicht zu bewerkstelligen. Die Frage nach den Grenzen Europas wird in diesem Kapitel erneut auftauchen.

Zu den Aufgaben

Seite 14, zu 1

A 1: (alphabetisch gegliedert)

Großstaaten	Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, Russland, Schweden, Spanien, (Türkei), Ukraine, Vereinigtes Königreich, Weißrussland = 13 (14)
große Mittelstaaten	Bulgarien, Griechenland, Island, Serbien = 3
kleine Mittelstaaten	(Aserbaidschan,) Bosnien und Herzegowina, (Georgien), Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz, Slowakei, Tschechien, Ungarn = 12 (14)
Kleinstaaten	Albanien, (Armenien), Belgien, Dänemark, Estland, Kosovo, Luxemburg, Makedonien, Moldau, Montenegro, Slowenien, Zypern = 11 (12)
Kleinststaaten	Andorra, Liechtenstein, Malta, Monaco, San Marino, Vatikanstadt = 6

Häufungen treten also bei den Kategorien Großstaaten sowie kleine Mittelstaaten und Kleinstaaten auf.

Siehe dazu auch das Arbeitsblatt „Staaten Europas nach der Bevölkerung“ auf der Homepage.

Seite 14, zu 2

A 1: Andorra (Spanien und Frankreich), Liechtenstein (Schweiz und Österreich), Malta (sehr selbstständig – z.B. eigene Fluglinie, eigenes Busnetz, eigene Währung ...), Monaco (Frankreich), San Marino (Italien), Vatikanstadt (Italien).

Seite 15, zu 3

A 1: Zu bemalen sind folgende Staatsflächen: Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Ukraine, Moldau, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Makedonien, Zypern, Malta, (Deutschland könnte schraffiert werden – Beitritt der DDR zur BRD).

1.5 Wirtschaftliche Merkmale: Zentren und Peripherien

Auf die Einteilung nach Zentren und Peripherien wird in späteren Kapiteln noch genauer eingegangen werden. Hier steht eine knappe Einführung im Mittelpunkt.

Zu den Aufgaben

Seite 16, zu 1 und 2

A 1: Es sollte ein Ergebnis des Vergleiches sein, dass folgende direkte Beziehungen herzustellen sind: Regionen mit großen Wirtschaftszentren weisen ein hohes BIP auf; Regionen mit industrialisierten Gebieten oder mit stark mechanisierter Landwirtschaft mit hohen Erträgen zeigen ein eher höheres BIP; Regionen mit mechanisierter Landwirtschaft mit niedrigen Erträgen zeigen ein niedriges BIP; Regionen mit wenig mechanisierter Landwirtschaft hingegen zeigen ein sehr niedriges BIP.

A 2: Zentrum: Kernraum (UK, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien), neuer Wachstumsraum (Spanien, Frankreich, Italien), Übergangsraum (Irland, UK, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweden, Finnland, Dänemark, Deutschland, Österreich, Italien), Peripherie des Zentrums (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Zypern);

Semiperipherie: Wachstumsraum (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland), Übergangsraum (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn).

2. DER EUROPÄISCHE INTEGRATIONSPROZESS

2.1 Europa wächst zusammen

Zu den Aufgaben

Seite 19, zu 1 bis 3

A 1: Je höher die Integrationsstufe, umso enger ist die Wirtschaft der Mitgliedstaaten miteinander verflochten, umso mehr nationale Kompetenzen werden an die Gemeinschaft abgetreten. Die wesentlichen Unterschiede zwischen den Stufen betreffen die Zollhoheit und die Währungsautonomie. In einer Wirtschafts- und Währungsunion wie der EU entscheiden die gemeinsamen Organe (in diesem Fall in Brüssel) über die Zoll- und die Währungspolitik der Gemeinschaft.

A 2: Die EU ist in den letzten Jahrzehnten durch so genannte Erweiterungen gewachsen. Am Beginn stand die 6er-Gemeinschaft als bloße Zollunion, die sich 1993 durch den Maastrichtvertrag zum gemeinsamen Markt (Binnenmarkt) weiter entwickelt hat. Für 12 Mitgliedstaaten (von damals 15) wurde 1999 die gemeinsame Währung eingeführt: Aus dem gemeinsa-

men Markt wurde eine Wirtschafts- und Währungsunion.

A 3: NATO (militärische Integration); Europarat, OSZE, UNO (politische Integration); EFTA, NAFTA, EU (wirtschaftliche Integration).

A 4:

1. Norderweiterung 1973	Großbritannien, Irland, Dänemark;
1. Süderweiterung 1981	Griechenland;
2. Süderweiterung 1986	Spanien, Portugal;
2. Norderweiterung 1995	Österreich, Schweden, Finnland;
1. und 2. Osterweiterung 2004 bzw. 2007 2013 Kroatien	Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien, Kroatien
Rest-EFTA	Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.

A 5: Die EU ist flächenmäßig (wie der ASEAN-Raum) gegenüber dem nordamerikanischen Markt kleiner. Trotz der höheren Zahl an Konsumenten in der EU ist die Kaufkraft in Nordamerika größer: Die Osterweiterung hat zu einer Absenkung des BIP/Kopf in der EU geführt. Da unter den ASEAN-Staaten viele noch Entwicklungs- oder Schwellenländer sind, ist die Wirtschaftskraft je Einwohner hier am geringsten. In Nordamerika ist das überragende Pro-Kopf-BIP der USA (rund 47 000 US-\$) für den hohen Mittelwert verantwortlich.

2.2 Ziele der EU

Zu den Aufgaben

Seite 21, zu 1 bis 4

A 1: (alphabetisch gegliedert)

Großstaaten	Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, Russland, Schweden, Spanien, (Türkei,) Ukraine, Vereinigtes Königreich, Weißrussland)
große Mittelstaaten	Bulgarien, Griechenland, Island, Serbien
kleine Mittelstaaten	(Aserbaidschan,) Bosnien und Herzegowina, (Georgien,) Irland, Kroatien, Lettland, Litauen, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz, Slowakei, Tschechien, Ungarn
Kleinststaaten	Albanien, (Armenien,) Belgien, Dänemark, Estland, Kosovo, Luxemburg, Makedonien, Moldau, Montenegro, Slowenien, Zypern
Kleinststaaten	Andorra, Liechtenstein, Malta, Monaco, San Marino, Vatikanstadt

A 2: Ziele der EU: Frieden, Sicherheit, Wohlstand, keine Diskriminierung, Harmonisierung, Chancengleichheit, freier Wettbewerb, gemeinsame Politiken.

A 3: Binnenmarkt, vier Freiheiten, Europa-Bürgerschaft, Abbau von Grenzkontrollen, Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion (gemeinsame Währung).

A 4: Nationalstaatliche Angelegenheiten: Ladenöffnungszeiten, Dauer der Schulpflicht, Strompreise.

Subsidiäre Angelegenheiten: Reisepässe, Gentechnologie, Förderung der Landwirtschaft, Einfuhrbestimmungen aus Drittstaaten.

2.3 Wie ist die EU organisiert?

Zu den Aufgaben

Seite 23, zu 1 bis 5

A 1: In einem demokratischen Staat ist die alleinige gesetzgebende Körperschaft ein Parlament, dem die Regierung

als exekutive Gewalt verantwortlich ist. In der EU kommt dieses Recht letztlich den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat oder den jeweiligen Fachministern in den verschiedenen Ministerräten zu. Die Kommission als Regierung wird nicht durch eine Volkswahl ermittelt. Die vom Volk gewählten Vertreter im Europäischen Parlament haben nur begrenzte Mitsprache bei EU-Gesetzen. Nur die Kommission hat das Initiativrecht, also das Recht, Gesetzesvorschläge zu machen.

A 2: Mio. Einwohner je Stimme im Rat (2013)

Deutschland	2,82	Ungarn	0,83
Frankreich	2,18	Dänemark	0,79
Ver. Königreich	2,16	Slowakei	0,78
Italien	2,09	Finnland	0,77
Spanien	1,71	Bulgarien	0,75
Rumänien	1,53	Irland	0,64
Polen	1,41	Kroatien	0,63
Niederlande	1,28	Lettland	0,56
Griechenland	0,94	Slowenien	0,51
Schweden	0,94	Litauen	0,46
Belgien	0,91	Estland	0,34
Portugal	0,89	Zypern	0,20
Tschechien	0,88	Malta	0,14
Österreich	0,84	Luxemburg	0,13

Kleinere Staaten sind in Bezug auf die Einwohner pro Stimme im Europäischen Parlament bevorzugt, d.h. auf eine Stimme fallen in Malta oder Luxemburg weniger Einwohner als beispielsweise in Deutschland oder Frankreich.

A 3 und A 4: Internetrecherche.

2.4 Wie die EU arbeitet

Zu den Aufgaben

Seite 24, zu 2

A 1: Internetrecherche

Seite 26, zu 1 bis 5

A 1: Wohlhabende Staaten in der EU: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden.

Wenig wohlhabende Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

A 2: NUTS 2 gliedert Österreich nach Bundesländern.

A 3 und A 4: Internetrecherche

2.5 Die EU und die Welt

Zu den Aufgaben

Seite 27, zu 1 bis 2

A 1: Guadeloupe, Martinique und Réunion gehören zu Frankreich, die Kanarischen Inseln zu Spanien, die Azoren und Madeira zu Portugal. Bezahlt wird in diesen Außenbesitzungen mit Euro.

A 2: Abbau von Zöllen und anderen Handelsschranken, Freihandel, Schiedsgericht in Streitfragen des Handels. G-8: USA, Kanada, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Russland.

A 3: Die wirtschaftliche Weltmachtstellung der EU kommt z.B. in Abb. 19.3 zum Ausdruck. Die GASP ist derzeit noch eine wenig wirksame, gemeinsame Politik, da keine gemeinsamen Organe dafür bestehen, wie z.B. Armeekommando.

2.6 Europa wächst zusammen

Zu den Aufgaben

Seite 28

A 1: Stand Juli 2013: Andorra, Vatikanstadt, San Marino, Island, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein, Russland, Weißrussland, Ukraine, Moldau, Serbien, Montenegro, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Makedonien, Albanien, (Türkei).

A 2: EU-15: Die EU-Staaten vor der ersten Osterweiterung 2004. EU-25: Die EU-Staaten nach der ersten Osterweiterung 2004. EU-28: Die EU-Staaten nach der letzten Erweiterung 2013.

A 3: Argumente pro und kontra Türkei-Beitritt: siehe Seite 10, Tabelle 1 und das Arbeitsblatt „Soll die Türkei der EU beitreten? Pro- und Kontra-Argumente“ auf der Homepage.

A 4: Recherche in einem aktuellen Almanach (z.B. EU-Homepage, Fischer Weltalmanach oder CIA-Factbook im Internet).

Seite 29, zu 3 bis 4

A 1: Durch das niedrigere Wohlstandsniveau liegen die Löhne, Preise (besonders für Agrargüter und Lebensmittel) unter dem Niveau der alten EU-Länder. Daher wird durch Übergangsfristen (bis zu 7 Jahre) sichergestellt, dass infolge der vier Freiheiten nicht zu billige Arbeitskräfte oder Güter die Wettbewerbsfähigkeit der alten Mitglieder beeinträchtigen.

A 2: Großbritannien und Irland sind nicht dem Schengen-Abkommen beigetreten. Aber Island und Norwegen sind in den Schengenraum einbezogen, seit 2009 auch die Schweiz (die Volksabstimmung brachte ein positives Ergebnis).

A 3: An Binnengrenzen entfallen alle Grenzkontrollen, der Verkehr fließt ungehindert durch. Grenzbeamte können abgezogen und anderen Dienststellen zugeteilt werden. Wer sich innerhalb der Schengengrenzen befindet, hat volle Bewegungsfreiheit. Umso stärker und einheitlicher müssen die Einreisekontrollen an den Außengrenzen sein (Passlesegeräte, Einfuhrkontrollen, Zollabwicklung).

A 4: Diese Aufgabe kann mit Absatz 3 auf Seite 29 gelöst und mit einer Internetrecherche vertieft werden (z.B.: www.bmf.gv.at/Zoll).

Pro Türkei-Beitritt	Kontra Türkei-Beitritt
<ul style="list-style-type: none"> • Westorientierung der Türkei seit 1923 • Die türkischstämmigen Bevölkerung in vielen EU-Ländern kann besser integriert werden. • Die Türkei befindet sich seit rd. 40 Jahren in der „Warteschlange“. Eine weitere Verzögerung könnte eine Hinwendung der Türkei zum Orient bewirken. • In der EU leben bereits viele Millionen Muslime. • Die EU ist eine Wertegemeinschaft: Durch die engere Bindung an das westliche Wertesystem der EU kann der Einfluss muslimischer Fundamentalisten verringert werden. • weniger Wirtschaftsflüchtlinge und illegale Einwanderung • Die Türkei ist, wie viele EU-Staaten, Mitglied der NATO. • Die Türkei hatte als Osmanisches Reich immer Macht und kulturellen Einfluss in (Südost-) Europa und liegt noch zu einem kleinen, aber wesentlichen Teil (Istanbul) auf europäischem Boden. 	<ul style="list-style-type: none"> • Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Rechtsstaatlichkeit • Die Migration türkischer Arbeitskräfte in die EU wird sich verstärken. • Die türkische Wirtschaft entspricht nicht dem europäischen Standard: Der große Agrarsektor der Türkei würde hohe Kosten (Subventionen) der EU für die türkische Landwirtschaft mit sich bringen. • Islam und die oft radikale Auslegung seiner Wertvorstellungen • Obwohl Staat und Kirche in der Türkei getrennt sind, gelten in der türkischen Gesellschaft andere, islamische Wertvorstellungen. • Außengrenze der EU zu instabilen Regionen (Nahe Osten) der Welt • ungelöstes Zypernproblem, griechische und türkische Hoheitsansprüche in der Ägäis • Die Türkei gehört geographisch nicht zu Europa.

Tabelle 1

3. WIRTSCHAFTSPOLITIK DER EU

3.1 Binnenmarkt und Wettbewerb

Zu den Aufgaben

Seite 31, zu 1 bis 4

A 1: Liberalisierung, Privatisierung, Abbau von Monopolen und Subventionen, Beobachten und allenfalls Verhindern von Kartellen und Fusionen, einheitliche Produktkennzeichnung und Normen, Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, Angleichung von steuerrechtlichen Bestimmungen (z.B. Mehrwertsteuer, Kapitalertragssteuer).

A 2 und A 3: Privatisierung bisher von der öffentlichen Hand betriebener Monopole, Öffnung von Versorgungsnetzen (Post, Telefon, Strom, Gas, Eisenbahn) für private Anbieter.

Der neue Wettbewerb führt in der Regel anfangs zu den erwünschten Preissenkungen, aber auch zu einem Rückgang bei den Investitionen, da dieser Wettbewerb höhere Ausgaben für Marketing und Werbung zur Folge hat. Wenn dann in die Anlagen doch investiert wird, kommt es wieder zu Preiserhöhungen. Diese Ab- und darauf folgende Aufwärtsbewegung der Preise wird von Experten als „Badewanneneffekt“ bei Privatisierungen bezeichnet.

3.2 GAP – Gemeinsame Agrarpolitik

Zu den Aufgaben

Seite 33, Zu 1 bis 3

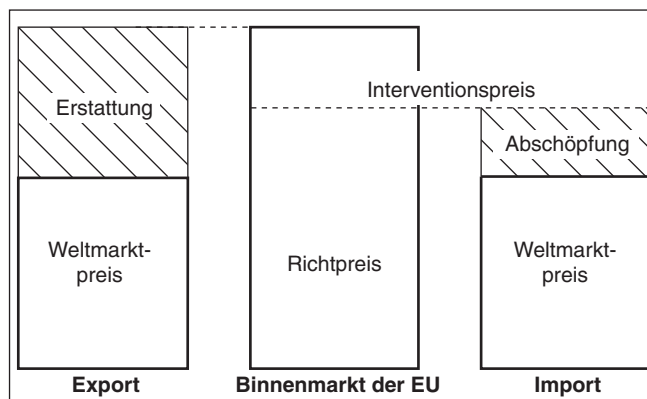
A 1: Garantierte Mindestpreise und Abnahmegarantien gaben den europäischen Landwirten die Sicherheit, mit mehr Produktion auch mehr Einkommen zu erzielen. Daher kam es zu Überproduktion, deren Lagerung und Verkauf hohe Subventionen erforderte. Die alte GAP schützte die EU-Landwirtschaft vor billigen Importen aus Drittstaaten und die Existenz vieler Landwirte vor allem in benachteiligten Gebieten Europas.

A 2: siehe Abb. 1.

A 3: Die beiden Abbildungen 32.1 und 32.2 sind Impulsbilder für diese Aufgabe, die in Form einer Tabelle etwa so gelöst werden kann:

Landwirtschaft in den Ebenen Ostösterreichs	Landwirtschaft im Berggebiet
ebenes, leicht zu bearbeitendes Gelände	steiles Gelände, das schwer zu bearbeiten ist.
klimatische Gunsträume	klimatische Nachteile (z.B. Niederschläge, Frosttage, Schneedecke)
großflächiger, mechanisierter Ackerbau	Grünlandwirtschaft, Forstwirtschaft
Vollerwerbsbetriebe	Nebenerwerbsbetriebe
größere Betriebsflächen, die kapitalintensiv bearbeitet werden.	extensive, arbeitsreiche Viehwirtschaft, oft kleine Betriebsgrößen.

Abb. 1



A 4: Der Agrarmarkt der EU ist trotz aller Reformen ein regulierter Markt. Die WTO hingegen hat einen völlig freien Markt im Rahmen der GATT-Verhandlungen zum Ziel.

A 5: Die Tabelle 1 auf S. 33 im Buch zeigt das Verhältnis zwischen landwirtschaftlich Erwerbstätigen und landwirtschaftlicher Nutzfläche. Damit können Aussagen über die Arbeitsintensität und Arbeitsproduktivität bzw. den Kapital- und Maschineneinsatz gemacht werden. Zugleich wird sichtbar, welche Staaten über die größten Produktionsflächen verfügen und daher großen Einfluss auf die GAP nehmen. Es bietet sich z.B. ein Vergleich zwischen Frankreich und Rumänien oder Griechenland an. In den skandinavischen Staaten muss der hohe Anteil an der Forstwirtschaft berücksichtigt werden.

3.3 Gemeinsamer Markt – mehr Verkehr

Zu den Aufgaben

Seite 36, zu 1 bis 3

A 1: Aus historischen Gründen sind die europäischen Eisenbahnen im Nachteil gegenüber dem Straßenverkehr. Die Anlagen stammen teilweise aus dem 19. Jahrhundert und können nur sehr kostenaufwändig den modernen Transportfordernissen angepasst werden (Hochgeschwindigkeitsstrecken, Tunnels, Streckenbegradigungen, Verladeterminals usw.). Der flächendeckende Autobahnbau hat in Europa nach dem 2. Weltkrieg eingesetzt und kann in der Regel auf eine stärkere finanzielle Basis (Steuern, Maut) zurückgreifen.

A 2: Eine Folge des gemeinsamen Binnenmarktes wird sein, dass der Güterverkehr stärker zunimmt als die gesamte Wirtschaft (BIP) wächst. Sowohl beim Personen- wie beim Güterverkehr ist eine sehr starke Zunahme des Straßenverkehrs zu beobachten, während die Eisenbahn Marktanteile verliert, besonders beim Gütertransport. Auch der Gütertransport auf den europäischen Binnenwasserstraßen (z.B. Rhein-Main-Donaukanal) stagniert und erfüllt nicht die in den Ausbau gesetzten Erwartungen. Der Luftverkehr steigt infolge der Liberalisierung und Preissenkungen der letzten Jahre kontinuierlich an. Die lange Küstenlinie des europäischen Kontinentes bietet dem küstennahen Transport viele Möglichkeiten. Durch die hohe Tonnage der Schiffe kommt das Transportvolumen der Küstenschifffahrt fast an jenes des Straßentransportes heran.

A 3: Umweltbelastungen und –schäden, Staus auf den Straßen (und in der Luft) verursachen externe Kosten (Umwelt) und direkte Kosten, welche entweder die Verursacher, die Nutznießer oder die Allgemeinheit zu tragen haben. Diese Kosten würden, verursachergerecht verrechnet, das Wirtschaftswachstum verringern.

A 4: TEN soll den ungleichen Wettbewerb zwischen Straße und Schiene zugunsten des Eisenbahnverkehrs ausgleichen. Schon in der alten EU war der Nord-Süd-Transit über die Alpen einer der wichtigsten Fernverkehrskorridore Europas. Seine Bedeutung nimmt weiter zu. Österreich ist seit langem vom Transit durch Tirol betroffen. Da der Ökopunktvertrag mit der EU ausgelaufen ist, soll der Brennerbasistunnel eine Entlastung auf dieser Verkehrsachse bringen und wird von der EU entsprechend gefördert. Infolge der Osterweiterung wird seitens der EU auch der West-Ost-Transit durch den Ausbau der Westbahn (Wien-Salzburg), der Ostbahn (Wien-Bratislava), der Donauschifffahrtsweg und die A5 (Nordautobahn zur tschechischen Grenze) gefördert.

A 5: Definition von „externen Kosten“ siehe Lexikon; die Abbildungen 36.1 und 36.2 lassen die überlastungsbedingten Kosten (Staus, Umleitungen) außer Acht, zeigen aber, dass die externen Kosten des Straßenverkehrs vier- bis fünfmal größer sind als im Eisenbahnverkehr.

Seite 37, zu 4

A 1: Einerseits steht die EU im Ruf, dem Drängen der Frächterlobby nach unbehindertem Straßenverkehr nachzugeben (Mautsenkungen, höhere Gewichtlimits, Freigabe des Kabotageverkehrs), andererseits bekennt sie sich zum vorrangigen Ausbau des Schienenverkehrs und der Wasserwege. Große Verkehrsbauvorhaben werden von den betroffenen Anrainern in der Regel bekämpft, Umweltverträglichkeitsprüfungen und notwendige Kompromisse verlängern die Bauzeit. Die EU will mehr Wettbewerb auf Straßen und Schienen, indem die bisherigen Staatsmonopolbetriebe gezwungen sind, ihre Netze auch privaten Anbietern zu öffnen.

A 2: Die Bahn macht durch Hochgeschwindigkeitszüge dem Flughafenzubringer per Auto oder dem Kurzstreckenflug Konkurrenz. Der privatisierte Güterfernverkehr mit Ganzzügen (Züge, die nur ein bestimmtes Gut in gleichen Waggons transportieren) und der Containerverkehr auf der Schiene sollen Verkehrsströme weg von der Straße bringen. Die noch wenig genutzten Kapazitäten der Binnenwasserstraßen sollen stärker genutzt werden.

A 3: Interessensgegensätze sind: Straße – Schiene; Staat – privat; Hochgeschwindigkeitszug – Flugzeug; freier Verkehr – Umwelt.

3.4 Die Währungsunion

Zu den Aufgaben

Seite 38, zu 1

A 1: Weiche Währungen neigen zur Inflation, was in der Regel durch höhere Zinsen versucht wird auszugleichen. Weiche Währungen bringen Vorteile für den Export, Nachteile für den Import. Währungspolitik wird so zum Instrument der Handelspolitik.

Harte Währungen zeigen die gegenteiligen Merkmale. Es kommt auf die jeweiligen Interessen an, ob ein harter oder weicherer Euro von Vorteil ist.

Tourismus: Die österreichischen Tourismusbetriebe leiden unter einem hohen Eurokurs, denn dadurch wird Österreich zum teuren Urlaubsziel. Dies gilt naturgemäß nicht für Gäste aus der Eurozone. Die heimischen Reisebüros, die Auslandsreisen verkaufen, können ihre Angebote bei einem hohen Eurokurs günstiger stellen. Österreichische Touristen können im Nicht-Euro-Ausland billiger urlauben.

Industrie: Die österreichischen Autozulieferer müssen bei ihren Exporten einen hohen Eurokurs durch höhere Produktivität oder andere Kostensenkungen kompensieren. Die Importeure fertiger Autos hingegen können diese günstiger einkaufen.

A 2: Die meisten Beispiele in Abb. 38.2 sind selbst erklärend. Der größere gemeinsame Markt bietet exportorientierten Betrieben größere Absatzmöglichkeiten, wodurch mehr Beschäftigung entstehen kann. Im Euroraum entfallen der

Wettbewerb und die Spekulation unter verschiedenen Währungen, was sich dämpfend auf das Zinsniveau auswirken sollte. Der große gemeinsame Markt soll mehr Wettbewerb und daher einen niedrigeren Preisanstieg bringen. Der Entfall von Währungsumtausch, die Automatisierung des Zahlungsverkehrs und der Bankdienstleistungen beschleunigt die Fusion im Bankenbereich, was zum deutlichen Abbau von Arbeitskräften in diesem Sektor führt.

Seite 39, zu 2 bis 4

A 1: Die gesamtstaatliche Neuverschuldung (also die des Staates, der Länder und Gemeinden) wird nach oben hin begrenzt. Über die Sinnhaftigkeit dieser 3 %-Grenze wird angesichts der konjunkturellen Flaute der letzten Jahre diskutiert. Denn höhere Defizite wirken zunächst wirtschaftsbelebend und arbeitsplatzschaffend. Deshalb sollten mehr Ausnahmen bei den Konvergenzkriterien möglich sein, vor allem für Maßnahmen in bestimmten Bereichen wie z.B. Bildung, soziale Sicherheit, Investitionen in die Infrastruktur. Auch die Inflation und die Gesamtverschuldung des Staates unterliegen den Konvergenzkriterien, die – wie der Name sagt – die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten zusammenführen soll. Neu in die Eurozone eintretende Mitglieder müssen darüber hinaus eine Zeit lang die Stabilität ihrer Währung beweisen.

A 2: Recherche von Devisen- und Valutenkursen in Tageszeitungen oder im Internet.

Seite 41, zu 1 bis 7

A 1: Wichtigstes Instrument der gemeinsamen Währungspolitik ist das Festsetzen der Leitzinsen durch die EZB. Sie versorgt die nationalen Notenbanken der Euroländer mit Geld oder zieht Geld aus dem Umlauf.

A 2: Gegenüberstellung der Argumente in einer Tabelle, z.B. wie folgt:

für eine strenge Stabilitätspolitik	gegen strenge Stabilitätspolitik
hohe Zinsen	niedrigere Zinsen
wenig Inflation	mehr Inflation
harter Euro	weniger harter Euro
Preisniveau hat Vorrang vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen	Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind wichtiger als eine stabile Währung
strenge Einhaltung der Konvergenzkriterien	Überschreiten der Limits bei den Konvergenzkriterien

A 3: A = freie Wechselkurse (Floaten), B = feste (fixe) Wechselkurse, C = Bandbreiten schränken das Floaten ein.

A 4: Je mehr Staaten am Euro teilnehmen, umso größer wird die weltweite Euromenge. Dann kann der Euro dem US-\$ als Leitwährung der Welt Paroli bieten. Je mehr internationale Geschäfte in Euro abgerechnet werden (z.B. Erdöl, Rohstoffe, Industriewaren), je mehr Kapitalanlagegesellschaften in Euro anlegen, je mehr Notenbanken in aller Welt Euro als Währungsreserven halten, umso mehr Bedeutung kommt der gemeinsamen Währung zu. Der US-\$ ist die wichtigste Währungsreserve der Welt (siehe Abb. 40.1); die meisten internationalen Geschäfte werden in US-\$ abgerechnet.

3.5 Was kostet Europa ?

Zu den Aufgaben

Seite 42

A 1: Ausgewählte Beispiele:

Nettozahler (pro Kopf an die EU)	€ pro Einwohner 2008	Nettoempfänger (pro Kopf von der EU)	€ pro Einwohner 2008
Deutschland	107	Spanien	61
Frankreich	60	Griechenland	558
Ver. Königreich	14	Portugal	254
Italien	68	Irland	127
Österreich	43		

A 2 und A 3: Die wichtigste Einnahmequelle der EU sind die „Mitgliedsbeiträge“ der Staaten. Die Limitierung dieser Zahlungen (an der Höhe des nationalen BIPs) ist bei jedem Finanzplan der EU ein Streitthema. Da die EU bislang keine eigenen Steuern einnehmen darf, wird eine so genannte Europasteuer immer wieder ins Gespräch gebracht. Die GAP benötigt fast die Hälfte aller EU-Geldmittel, weshalb sie schrittweise reformiert werden soll (vgl. Kapitel 3.2). Am meisten profitieren strukturschwache Regionen von den Einnahmen. Ziel ist es, diese rückständigen und armen Regionen zu unterstützen, um neue Märkte entstehen zu lassen.

4. RÄUME IM WANDEL

4.1 Unterschiedliche Landnutzung in Europa

in Europa

Die Landwirtschaft war seit langem das Sorgenkind der europäischen Staaten. Auch in der EU konnte dieses Problem bis heute nicht zur Zufriedenheit aller gelöst werden. Die Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung nicht nur mit Lebensmitteln, ihr fällt auch die Erhaltung einer gesunden Umwelt zu. Dies könnten vor allem die Klein- und Mittelbetriebe leisten. Trotz der hohen Zahlungen aus dem Budget der EU müssen viele Höfe jährlich aufgelassen werden. Der Streit um die Förderung der Landwirtschaft war schließlich mit ein Grund für die Krise der EU im Juni 2005.

Zu den Aufgaben

Seite 44, zu 5

A 1: Zitrusfrüchte, Oliven, Wein und Reis brauchen viel Wärme. Gerste, Roggen, Kartoffeln und Rüben gedeihen auch in kühlen Gegenden. Einen mittleren Wärmebedarf haben Sommerweizen und Körnermais.

Seite 45, zu 7

A 2: Siehe Abb. 2 (nächste Seite).

Seite 46, zu 8

A 1: Milchwirtschaftsgebiete sind vor allem in Nordeuropa, in England und Irland, in Nordwestfrankreich, im Gebiet der Normandie und im französischen Zentralplateau sowie in den Alpen und in großen Teilen Deutschlands zu finden. Getreide gedeiht besonders in den trockeneren Gebieten:

SO-England, Ungarn, Rumänien und Italien.

Sonderkulturen finden sich vorwiegend in den warmen und trockenen Gebieten Südeuropas, Südosteuropas und im atlantischen Westen Frankreichs und südlich der Loire.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Welche Veränderungen erfuhr die europäische Landwirtschaft durch wirtschaftspolitische Maßnahmen und politische Veränderungen?
2. Wodurch wurde die Produktivität der Landwirtschaft beeinflusst?
3. Welche Rolle spielen die Naturfaktoren in der Produktionsweise und der Produktionsart der Landwirtschaft?
4. Welche Auswirkungen hat der Wettbewerb auf die europäische Landwirtschaft?
5. Warum konnten sich in Europa keine echten Landbauzonen herausbilden?

Möglich Lösungen

1. Das Vereinigte Königreich verzichtete im 19. Jh. darauf, die heimische Landwirtschaft vor der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den Kolonien zu schützen. Viele Bauern in England unterlagen der Konkurrenz und mussten ihre Betriebe aufgeben. Auf dem Kontinent verhinderten der Beimischungszwang und Schutzzölle gegenüber amerikanischem Getreide den Niedergang der Landwirtschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es im westlich orientierten Kontinentaleuropa infolge eines komplizierten Stützungssystems der Landwirtschaft zur Überproduktion und zum Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte. Das Einkommen der Klein- und Mittelbauern sank oft bis auf das Existenzminimum ab. Viele dieser Betriebe gaben auf, andere spezialisierten sich oder versuchten durch Zuerwerb oder als Nebenerwerbsbauern das Einkommen zu sichern. Andere kauften oder pachteten Grund von denen, die ihre Höfe aufließen und vergrößerten so die Basis ihrer landwirtschaftlichen Produktion. Die Produktivität wurde durch Rationalisierungsmaßnahmen und Spezialisierung erhöht.

In Süditalien, wo die Latifundien vorherrschten, versuchte man, bisher mit wenig Erfolg, eine Landreform durchzuführen.

In den Zentralverwaltungsländern (ehemalige kommunistische Staaten Osteuropas) wurde die Landwirtschaft kollektiviert und die Produktion nach Plänen, die von Organen der Genossenschaft vorgegeben wurden, durchgeführt. Auch der Absatz wurde vom Staat gelenkt. Das Einkommen war abhängig vom Produktionsertrag und wurde für den Einzelnen von den Organen der Genossenschaften festgesetzt. In den Staatsbetrieben erhielt der Landarbeiter einen festgesetzten Lohn.

2. Durch Intensivierung der Bewirtschaftung (Einsatz neuer Technologien: Maschinen, Bewässerung, Düngemittel, Zuchtsorten ...) wurde die Produktion der Landwirtschaft erhöht.

3. Die Naturfaktoren bestimmen vor allem im Süden und im höheren Norden (Klima) und in den Alpen (Relief und Klima) oder in den niederschlagsärmeren, kühlgemäßigten Flachländern die Art der Produkte. Aber auch die Produktionsweise (Bewässerung in Trockengebieten, Großviehwirtschaft in niederschlagsreichen oder gebirgigen Gebieten, stärkerer Maschineneinsatz in Flachländern) wird stark durch Naturbedingungen beeinflusst.

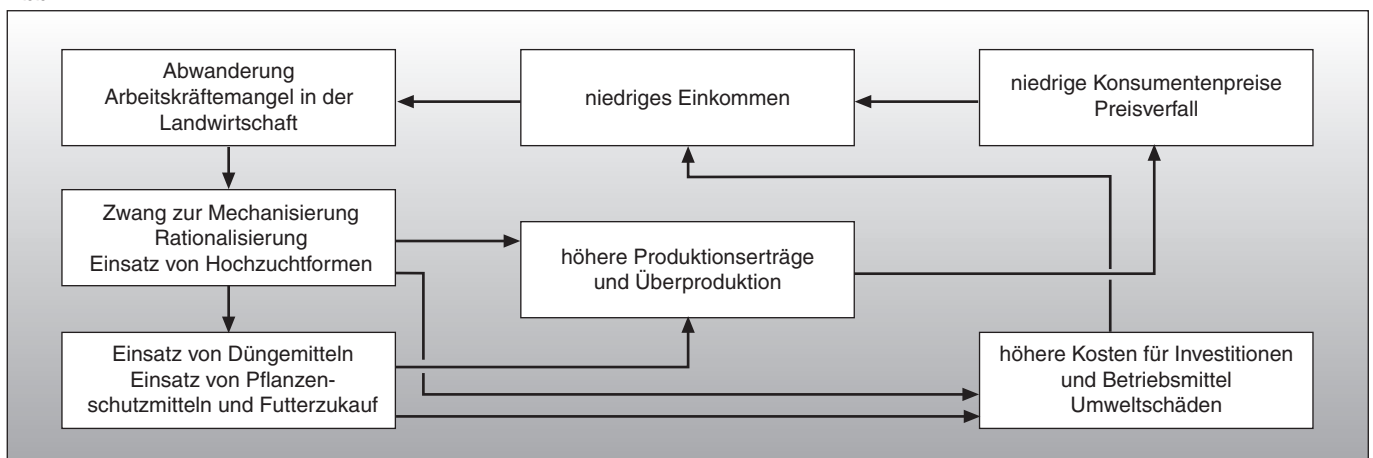
4. Der Wettbewerb zwingt zu Mechanisierung, Rationalisierung und besserer Einstellung auf den Markt auch über die Grenzen des eigenen Staates hinaus.

5. Kleinräumigkeit und große Reliefunterschiede erschweren die Ausbildung von Landbauzonen.

4.2 Wandel der Landwirtschaft im Mittelmeerraum

Großgrundbesitz als historisches Erbe und die damit zusammenhängenden, unzureichenden sozialen Strukturen prägen auch heute noch den südlichen Teil Portugals, Spaniens und Italiens. Viele Landreformen schlugen fehl, weil die neu angesiedelten Bauern zu wenig Erfahrung in der Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes hatten

Abb. 2



und die Betriebe nicht genügend mit Sach- und Geldkapital ausgestattet waren. Im ländlichen Raum Griechenlands und auf dem Balkan, in den Gebirgszonen, den Bergländern und in manchen Küstenebenen Italiens sowie in Nordwestspanien überwiegen auch heute noch kleinbäuerliche Betriebe. Klimatisch kennzeichnen periodisch auftretende und oft lang andauernde Trockenperioden den Mittelmeerraum. Sie machen nicht nur der Landwirtschaft zu schaffen, sondern beeinträchtigen auch andere Wirtschaftszweige und das Leben in der Stadt.

Die Staaten Südeuropas wird es noch viel Mühe kosten, überkommene Traditionen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Bereich zu überwinden. Viele agrarpolitische Impulse wurden in der jüngsten Vergangenheit gesetzt. Aber auch gut gemeinte Projekte scheiterten oft an den harten Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes.

Zu den Aufgaben

Seite 47, zu Abb. 47.1

A 1: Diese Aufgabe sollte unbedingt mithilfe des Atlas gelöst werden. Sie dient nicht nur dazu, die verschiedenen Bodennutzungsformen in Südeuropa kennen zu lernen, sondern auch, die topographischen Kenntnisse zu erweitern. Die Arbeit kann auch auf drei bis vier Gruppen aufgeteilt werden. Bei der Besprechung der Ergebnisse sollte auf eine entsprechende Wandkarte nicht verzichtet werden.

Seite 51, A 1

Diese Aufgabenstellung dient einerseits dazu, die Last des historischen Erbes aufzuzeigen (Abschnitt 2, Abb. 48.3), andererseits soll dargestellt werden, wie man versuchte, dem Phänomen der Abwanderung und deren Folgen zu begegnen (Abschnitte 3, 4 und 9): Bodenreform (Abschnitt 3), Bewässerungsprojekte (Abschnitte 5 und 6), Einführung neuer Anbaufrüchte (Abschnitt 6), Neulandgewinnung (Abschnitte 6 und 9), Übergang von der extensiven zur intensiven Bodennutzung (Abschnitte 6, 7 und 8) und Verbesserung des Zugangs zum Markt (Abschnitte 5 und 6). Zur Lösung dieser Aufgabe scheint eine Gruppenarbeit sinnvoll.

Seite 52, zu 3 bis 11

A 1: a) Abb. 49.1 und 49.2; b) 51.1; c) 52.1 und 52.2; d) 50.1; e) 50.1; f) 52.1; g) 48.2.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Welche Faktoren beeinflussen die Bodennutzung im Mittelmeerraum?
2. Was lässt sich über die Landreformbestrebungen und deren Erfolg in den Mittelmeerländern aussagen?
3. Welche neuen Formen der Landnutzung wurden eingeführt und mit welchen Schwierigkeiten hatten diese zu kämpfen?
4. Welche Bedeutung haben Industrialisierung und Agrobusiness im ländlichen Raum?

Mögliche Lösungen

1. Die Bodennutzungsformen im Mittelmeerraum hängen sowohl von Naturfaktoren (Niederschlagsmengen, Sonneneinstrahlung, Relief) als auch von den technischen Möglichkeiten (Bewässerungstechniken, Wasserleitungsbau, Entwässerung, Foliendächer und Gewächshäuser), der technischen Ausrüstung (Geräte und Maschinen), den sozialen Strukturen (Latifundienwesen, abhängige und un-

abhängige Bauern, Landarbeiter), den Betriebsgrößen und -strukturen (Klein- und Mittelbauern, Großbauern; Großbetriebe, Genossenschaften, industrialisierte Landwirtschaft) und dem Markt (Markterreichbarkeit, Wettbewerb) ab.

2. Seit 1930 und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man die Eigentumsverhältnisse zu verändern, indem man Großgrundbesitz auf ehemalige Pächter und Landarbeiter aufteilte. Die fehlende Ausstattung der neuen Kleinbetriebe mit Geräten, Saatgut und Kapital zwang die Bauern wieder zur Aufgabe ihrer Höfe, um besseren Verdienstmöglichkeiten in der Stadt nachzugehen. Illegale Praktiken verhinderten zudem vielfach die Aufteilung des Bodens. Aufgelassener Boden wurde von Großgrundbesitzern wieder zurückgekauft.

3. Die verbesserten Absatzmöglichkeiten im europäischen Binnenmarkt verlockte Kapitalgesellschaften, oft auch in Naturschutzgebieten landwirtschaftliche Großbetriebe mit moderner technischer Ausstattung auf industrieller Basis zu errichten. Dies führte nicht selten zur Zerstörung der ohnehin spärlichen Vegetation und in der Folge zur Erosion.

Intensivgemüseanbau mit Tropfbewässerung in trockengelegten ehemaligen Sumpfgebieten haben die soziale Stellung der angesiedelten Kleinbauern gesichert. Die Errichtung von Foliendächern für Gemüseanbau und neue Anbaufrüchte erbrachten große wirtschaftliche Erfolge. Fernwasserleitungen ermöglichten den Übergang vom Trockenfeldbau zu einem intensiven wirtschaftlichen und ökologischen Bewässerungsfeldbau.

Manche groß angelegte Vorhaben unterlagen dem harten Wettbewerb auf dem Weltmarkt.

4. Im Küstengebiet zwischen Ancona und Pescara ermöglichte es die Errichtung vieler kleiner Industriebetriebe den Bauern zu pendeln und mithilfe des Zusatzverdienstes ihre Höfe zu erhalten.

Die Kaufkraft dieser Region wurde gestärkt. Dies erhöhte wiederum den Gemüseabsatz und verbesserte das Einkommen der vielen kleinbäuerlichen Gemüseanbaubetriebe. Sie konnten dadurch erhalten werden.

4.3 Tourismus in Europa

Zu den Aufgaben

Seite 54, zu 1 und 2

A1: Die Gründe für den Ausschluss der genannten Gruppen finden sich in der OECD-Definition für „Tourismus“: Reiseverkehr zum Zwecke der Erholung.

Transitreisende suchen vielleicht Erholung im endgültigen Zielland, nutzen das Transitland aber eben nur für die Durchreise.

Ausländische Arbeitnehmer verdienen ihren Lebensunterhalt im „Gastland“. Sie sind nicht „zum Zwecke der Erholung“ hier.

Flüchtlinge haben in der Regel ganz andere Sorgen, als in einem fremden Land Erholung zu suchen.

Dennoch sei angemerkt, dass die WTO großzügiger mit der Definition eines „Touristen“ umgeht. So werden z.B. Geschäftsreisende in der Statistik der Touristenankünfte und –übernachtungen sehr wohl mitgezählt.

A 3: Eine kurze Sammlung möglicher Aktivitäten:

„Wandertyp“: Übernachtung auf Berghütten; Weitwanderwege; geführte Wanderungen; Kletterkurs.

„Freiraumtyp“: wildes Campieren; Kanufahren abseits der häufig befahrenen Strecken; „alternative“ Kurse, die nicht alle besuchen.

„Landschaftstyp“: Urlaub in einer Pension im Inland; Schre-

bergarten; Sommerfrische.

„Rundfahrttyp“: mit dem Auto ans Nordkap; mit der Reisegruppe in den Regenwald; ein Wochenende in einer Großstadt.

„Promeniertyp“: Cluburlaub in der Türkei; mit dem Sparverein per Bus an den Klopeinersee; Pauschalreise in die Toskana.

„Sporttyp“: Mountainbiken in Tirol; Bungeejumping; Paragleiten; Windsurfen auf dem Gardasee.

„Bildungstyp“: Griechenlandfahrt mit Besichtigung möglichst vieler Kulturstätten; „Aida“ in Verona; nach New York in die Metropolitan Opera und ins Museum of Modern Art.

Seite 55, zu 3

A 1: Die Zahl der Touristen in Europa wird um 75 % zunehmen. Europa bleibt somit die weltweit führende Tourismusregion. Der Anteil Europas am globalen Tourismus wird aber abnehmen und auf unter 50 % fallen (2000 noch fast 60 %).

In der Region Ostasien und Pazifik wird der Tourismus am stärksten wachsen (um mehr als 100 %); der Anteil der Region am globalen Tourismus wird auf rund 25 % ansteigen (von 20 %).

Die Anzahl der Touristen nach Amerika wird sich ebenfalls verdoppeln und bei rund 14 % liegen, womit der Anteil am globalen Tourismus etwa gleich bleibt.

Die anderen genannten Regionen – Südasiens und Afrika – werden im weltweiten Tourismus weiterhin eine untergeordnete Rolle spielen; ihr Anteil wird unter 10 % liegen.

A 2: Die Zahl der internationalen Touristen weltweit betrug im Jahr 2011 997 Mio. Daraus ergibt sich ein Anteil der 10 wichtigsten europäischen Zielländer am globalen Tourismus von rund 35 %. Im Vergleich zum Jahr 2002 hat sich dieser Anteil um 7% verringert.

A 3: Die Zentren des europäischen Tourismus liegen ganz eindeutig im Mittelmeerraum und in den Alpen. Regional spielt der Tourismus auch an der Nord- und Ostsee, auf den Britischen Inseln und in den Mittelgebirgen eine Rolle. Zur Peripherie mit nur wenig internationalem Tourismus zählen das Hinterland der Balkanhalbinsel sowie große Teile Osteuropas.

Seite 56, zu 4

A 1: schöne Landschaft; günstige geographische Lage inmitten des Kontinents; ausgebaute Infrastruktur (Verkehr, Unterkunft); zum Teil noch „typische“ Ortsbilder und Flurformen; vielfältige Sport- und Freizeitmöglichkeiten zu verschiedenen Jahreszeiten (Wandern, Schifahren, Baden, Kajakfahren, Klettern ...)

A 2: Nordtirol: Innsbruck, Kufstein, Schwaz; Südtirol: Bozen, Meran, Brixen; Schweizer Alpen: Chur, Brig, Sitten/Sion; Lombardei: Mailand, Bergamo, Brescia; Savoyen: St.-Gervais, Annecy, Mégève.

A 3: Einige Vorschläge (aus Wikipedia): Mt. Blanc: J. Balmat, M. Paccard (F), 1786; Großglockner: P. Horrasch, M. Klotz und S. Klotz (A), 1800; Jungfrau: J. Meyer, H. Meyer (CH), 1811; Zugspitze: J. Naus u.a. (D), 1820; Matterhorn: E. Whymper u.a. (GB), 1865.

A 4: St. Moritz: Schweiz; Chamonix: Frankreich; Cortina d'Ampezzo: Italien; Kitzbühel: Österreich; Garmisch: Deutschland.

A 5: In St. Moritz kann man einerseits noch eine alte Dorfstruktur erkennen, wobei sich die neuen Bauten deutlich

in Stil und Größe davon abheben. Ähnlich große Bauten findet man in Courchevel, das jedoch einem Skiort „aus der Retorte“ entspricht und nie einen dörflichen Charakter hatte. In Kitzbühel konnten hingegen diese dörflichen Strukturen und die traditionelle Bauweise erhalten werden.

A 6: a) St. Moritz; b) Kitzbühel; c) Courchevel.

Seite 58, zu 6

A 7: abwechslungsreiche Küstenlandschaft mit Steil- und Flachufers; Sand- und Felsstrände; interessantes Hinterland (Kulturstätten, Städte, „schöne Landschaft“); gute Küche (Fisch, Wein, ...); gut ausgebaute touristische Infrastruktur für alle Ansprüche; verlässliches Klima; vielfach Bemühungen zur Reinhaltung/Sanierung der Strände; z.T. gutes Preis-Leistungs-Verhältnis; gute Erreichbarkeit (Flugplätze, Autobahnen, Fähren).

A 8: stark erschlossene Küstenabschnitte: Portugal: Algarve, Umland von Lissabon, Teile Nordportugals; Spanien: fast die gesamte Mittelmeerküste (Costa Brava, Costa des Sol, ...), Balearn (Mallorca, ...); Frankreich: fast die gesamte Mittelmeerküste (v.a. Côte d'Azur), Korsika; Italien: Riviera, nördliche Adria, andere Küstenabschnitte sind nur punktuell „entwickelt“ (z.B. Sizilien, Sardinien, Apulien, ...); Slowenien und Kroatien: nördliche Adria, Dalmatien; Griechenland: zahlreiche Inseln im Ionischen und Ägäischen Meer, Kreta, attische Küste (bei Athen), Teile des Peloponnes, Chalkidike.

Türkei: noch keine durchgehende Erschließung, aber Herausbildung von touristischen Zentren an der West- und Südküste; **Zypern:** v.a. entlang der Südküste; die Nordküste ist durch die pol. Verhältnisse (international nicht anerkannte „Türkische Republik Nordzypern“) benachteiligt; **Israel:** touristische Erschließung entlang der Küste, aber auf Grund der politischen Lage wenig internationaler Tourismus; **Malta:** nur von lokaler Bedeutung; wenige geeignete Strände; **Tunesien:** vor allem östlich und südlich von Tunis und auf der Insel Djerba;

wenig bis gar nicht erschlossen: die Küsten Albanien, Syriens, Ägyptens, Libyens, Algeriens und Marokkos; der Tourismus spielt in den muslimischen Staaten traditionell eine untergeordnete Rolle, v.a. der Badetourismus (Ausnahmen: Tunesien und Türkei, wo die Mehrzahl der Gäste aber aus dem „westlichen“ Ausland kommt).

Die „alten“ **Seebäder** befinden sich in Frankreich (Nizza, Antibes ...), Italien (San Remo, Rimini ...), Kroatien (Opatija, Pula ...). Die „neuen“ **Zentren** sind weit verbreitet, z.B.: Spanien: Benidorm, Marbella, Ibiza ...; Frankreich: Korsika ...; Italien: Lignano ...; Griechenland, Tunesien, Türkei ...).

Die Gründe für die Erschließung oder die Nicht-Erschließung der Küsten sind vielfältig. Von größter Bedeutung ist dabei, ob der Staat („die Gesellschaft“) im Tourismus eine willkommene Einnahmequelle sieht und daher den Besuchern aus dem Ausland entgegenkommt oder nicht. Dazu kommen noch Investitionen in die Infrastruktur, natürliche Eignung (wobei es aber auch von Natur aus eher benachteiligte Küstenabschnitte „geschafft“ haben, wie z.B. Teile des Peloponnes), Erreichbarkeit und Angebote über das bloße Baden hinaus.

A 9: Diese Aufgabe ist individuell zu lösen.

A 10: 1950: alter dörflicher Kern mit überwiegend ebenerdigem Häusern; landwirtschaftliche Nutzung des Hinterlandes; keine oder nur schwache (einzeilige) Verbauung der Küste; breite Strände.

Heute: „Hotelburgen“ (hochhausartige Bauten) außerhalb des alten Ortskerns; Hotels bis an den Strand; landwirtschaftliche Nutzfläche stark zurückgedrängt.

Seite 59, zu 4

A 1: Ein Vorschlag zur Lösung;

Vorteile
<ul style="list-style-type: none"> • neue Arbeitsplätze: in der Gastronomie, als Schilehrer oder Tennislehrer, als Bergführer, ...
<ul style="list-style-type: none"> • neue Arbeitsplätze in nachgeordneten Bereichen: Bauwirtschaft, Handel, Verkehr, Dienstleistungen, öffentlicher Dienst, ...
<ul style="list-style-type: none"> • „Multiplikatoreffekt“
<ul style="list-style-type: none"> • größere Absatzmöglichkeiten für die Bauern und Handwerker der Region
<ul style="list-style-type: none"> • ... (Platz für neue Argumente)
Nachteile
<ul style="list-style-type: none"> • „Zubetonieren“ mancher Talbereiche mit Hotels und Straßen
<ul style="list-style-type: none"> • „Ausverkauf“ der attraktivsten Gebiete an Ortsfremde aus dem In- und Ausland (Zweitwohnsitz, Alterswohnsitz, ...)
<ul style="list-style-type: none"> • Ansteigen des Preisniveaus für Einheimische, v.a. bei Grundstückspreisen und Dienstleistungen
<ul style="list-style-type: none"> • Abwanderung aus den touristisch nicht so attraktiven Tälern mit den bekannten Folgen: Überalterung, Verfall der Infrastruktur, Aufgabe der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, ...
<ul style="list-style-type: none"> • Beeinträchtigung der Umwelt durch zu starke Erschließung (Gletscherschilaf, Skipisten durch Bannwälder, Düngerrückstände in den Flüssen, ...) und Überforderung der Infrastruktur (Ver- und Entsorgung, Straßenbau, ...); Bedrohung von Fauna und Flora (Skipisten in Naturschutzgebieten ...)
<ul style="list-style-type: none"> • ... (Platz für weitere Argumente)

5. GESELLSCHAFT IM WANDEL

Die Kapitel 5.1 und 5.2 decken das Lernziel „die europäische Dimension für die Gesellschaftsentwicklung erfassen und die Chancen für die eigene Lebens- und Berufsplanung erkennen“ ab. Das Großkapitel schließt an das Kapitel 3. Bevölkerung und Gesellschaft (RGW 5 NEU) aus der 5. Klasse an. Besonders die Abschnitte 3.3 Merkmale der Industriegesellschaften sowie 3.4 Die angloamerikanische Gesellschaft aus der 5. Klasse bilden eine wesentliche Basis für dieses Kapitel. Die theoretische Basis für dieses Großkapitel bildet die Konzeption der modernen Sozialgeographie. Siehe auch das Arbeitsblatt auf der Homepage: Was ist die „ökosoziale Marktwirtschaft“?

5.1 Ein europäischer Weg der Gesellschaftsentwicklung?

Schulbuch S. 61 bis 65

Der Aufbau dieses Kapitels gliedert sich wie folgt: Struktur der europäischen Gesellschaft vor 20 Jahren, Veränderungen seit 1989/1990, Merkmale der europäischen Gesellschaft heute (soziale Marktwirtschaft und ökosoziale Marktwirtschaft, Folgen der Globalisierung und des Neoliberalismus für Europa, Überalterung der Bevölkerung), Zukunftstrends (Texte 2 bis 8).

Zu den Aufgaben

Seite 61, zu 1

A 1: Tschechien, Slowakei (damals noch gemeinsam: Tschechoslowakei); Ungarn; das damalige Jugoslawien, heute Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Makedonien; Rumänien; Bulgarien; Albanien; Polen; die ehemalige DDR, heute östliches

Deutschland; die ehemalige Sowjetunion, heute Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Ukraine, Moldau, Russland.

Seite 63, Abb. 63.1

Der Altersaufbau der österreichischen Wohnbevölkerung zeigt für das Jahr 2030 deutlich den hohen Altersanteil und gleichzeitig den starken Rückgang bei jungen Jahrgängen auf. Auch die Zunahme der über 80-Jährigen ist deutlich sichtbar.

Seite 63, zu 2

A 1: Siehe RGW 5 NEU, Seite 43.

A 2: Soziale und wirtschaftliche Probleme sind schwer zu trennen, weshalb diese gemeinsam aufgezählt werden sollen: Zu wenige junge Menschen bedeuten für das europäische System der Pensionsversicherung Schwierigkeiten bei der Aufbringung der finanziellen Mittel, z.B. für die Pensionen (Pensionisten werden mehr; junge Arbeitnehmer, die mit ihren Beiträgen die Pensionszahlungen ermöglichen, werden weniger); Pflegebedarf und Ausgaben für medizinische Versorgung steigen mit zunehmendem Alter; die Zahl junger, innovativer Menschen geht zurück – die Zahl älterer Menschen, die auf ihren erreichten Status bestehen, steigt aber an; eventuell Arbeitskräftemangel; Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters ...

A 3: Es wird mehr ältere als junge Menschen geben; Hundertjährige werden nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall sein; viele ältere Menschen werden auf sich selbst gestellt sein, weil die Enkel fehlen werden; positive Bilder des Alters sind gesucht.

A 4: In allen Staaten sind die Geburtenziffern zurückgegangen, es gibt nur geringe Unterschiede zwischen den Staaten. Besonders starke Veränderungen sind in den Staaten des östlichen Europa festzustellen. Auch bei den Sterbeziffern bestehen zwischen den Staaten Europas wenige Unterschiede. Auffällig ist nur der Anstieg der Sterbeziffer in einigen Staaten des östlichen Europas, was auf die zunehmende Armut der älteren Bevölkerung seit Einführung der Marktwirtschaft zurückzuführen ist (sehr niedrige Pensionen, Probleme bei der medizinischen Versorgung ...).

Seite 64, zu 4

A 1: Die Kernaussagen der Texte 2 bis 8 könnten etwa wie folgt zusammengefasst werden:

Text 2: Aussage: Heutige Löhne ermöglichen es nur schwer, dass davon eine vierköpfige Familie leben kann. **Interpretation:** Die Arbeitgeber können freilich damit argumentieren, dass die „alte“ vierköpfige Familie heute viel seltener als früher vorkommt, dass die Frauen ohnehin beschäftigt sind, dass Singles nicht so hoch wie ein/e Familienerhalter/in bezahlt werden müssten ...

Text 3: Viele Großbetriebe wollen die Löhne der arbeitenden Bevölkerung senken, indem sie mit der Verlagerung der Arbeitsplätze in billigere Staaten drohen – obwohl die Gewinne der Unternehmen stark ansteigen. [Dies hängt mit der Globalisierung, der Öffnung aller Arbeitsmärkte weltweit zusammen – das Kapital sucht sich jene Regionen für Investitionen aus, in denen der höchste Gewinn zu erzielen ist.]

Text 4: Die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Reich und Arm sind in den letzten zwanzig Jahren größer geworden – verdeckt durch die werbemäßig klug aufgebaute Pop- und Konsumkultur („Spaßgesellschaft“). [Das heißt, dass durch das politische Desinteresse vieler Menschen, besonders auch Jugendlicher, die Ziele der kapitalistischen Großbetriebe nicht erkannt wurden und werden. Klein- und sogar Mittelbetriebe sind übrigens teilweise genauso von den Intentionen der

Großbetriebe betroffen und müssen auf derartige Herausforderungen möglichst flexibel reagieren.]

Text 5: Weil die bisherige Sozialstaatspolitik (Probleme wurden nicht gelöst, sondern mit Geldzahlungen verdeckt!) an ihre finanziellen Grenzen gestoßen ist, müssen den Menschen aus der Unterschicht andere Leistungen abverlangt werden. [Z.B.: Arbeitslose Menschen müssen bestimmte Arbeiten übernehmen, für die sich keine Arbeitskräfte finden – durch Übernahme dieser Arbeiten verlieren sie nicht den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, sondern können Geld dazuverdienen, wodurch ihr Lebensstandard nicht stark absinken würde.]

Text 6: Aussage: Das Wohlstandsgefälle zwischen den westlichen und östlichen Regionen der neuen EU-Mitgliedsländer seit 2004 wird immer noch größer, was zu größerer Ungleichheit zwischen den Menschen führt. **Interpretation:** Dies bedeutet größere Unzufriedenheit unter den betroffenen Menschen, Abwanderung in die boomenden Regionen mit allen Folgen, wie unkontrollierte Verstädterung, Anstieg der Boden- und Wohnungspreise, Umweltprobleme ...

Text 7: Es dürfen nicht alle Bereiche der Gesellschaft dereguliert (= dem Belieben der Einzelmenschen überlassen werden, der Staat übernimmt dafür keine Verantwortung mehr) werden, besonders nicht im Bereich der Bildung oder bei der Integration von Zuwanderern. [Z.B.: Umstellung des Bildungssystems allein auf Privatschulen würde bedeuten, dass sich die Kinder wohlhabender Eltern bessere Ausbildungsmöglichkeiten leisten könnten als die Kinder armer Eltern – die gesellschaftlichen Unterschiede würden sich vergrößern.]

Text 8: Wer Arbeit hat, muss immer mehr arbeiten – trägt aber alle Risiken allein! [Anders gesagt: Die großen Gewinne streifen die Großbetriebe ein, das Risiko hinsichtlich Arbeitsplatz, Pension ... liegt nur beim einzelnen Arbeitnehmer.]

Siehe auch folgende Texte auf der Homepage:
Wandel des Arbeitsmarktes – Lebensvorstellungen junger Menschen; *Die stille Tour*; *Nicht Lohnverzicht, sondern Lohn erhöhungen unterstützen das Wirtschaftswachstum*

5.2 Welche Chancen bietet mir Europa?

In diesem Kapitel soll der zweite Teil des Lernzieles angesprochen werden. Die Leitfrage lautet daher: Was kann mir das „neue“ Europa für meine eigene Berufs- und Lebensplanung bieten? Text 1 vermittelt ein „Aufbruchsdenken“, lenkt den Fokus auf die Wahrnehmung neuer Chancen. Text 2 ist ein allgemeiner Text zur Berufsplanung.

Zu den Aufgaben

Seite 66, zu 1

A 1 und A 2: individuell zu beantworten.

Seite 67, zu 1

A 3: Aus Text 1 sind folgende Aussagen eventuell bedenkenswert: Beherrschung einiger Sprachen; neue Ideen und Energie; gute Ausbildung und hohe Motivation; hohes Allgemeinwissen; berufliche Chancen im östlichen Europa; moderne Technologien; flexibles Denken.

Aus Text 2: Studium, Fleiß, Lernen für die Arbeitswelt von morgen.

Die weiteren Fragen sind individuell zu beantworten.

5.3 Einwanderungskontinent Europa – Chancen und Folgen

Zu den Aufgaben

Seite 68, zu 1

A 1: Den höchsten Wanderungsgewinn verzeichnen Portugal und Irland. Wanderungsgewinne gibt es auch in den meisten anderen west- und mitteleuropäischen Staaten. Ein beinahe stagnierendes bzw. negatives Wanderungssaldo weisen hingegen viele osteuropäischen Staaten auf. Die größten Verluste gibt es in Albanien, Makedonien, Bulgarien, Moldau, Polen und den baltischen Staaten.

Seite 68, zu 2:

A 1: individuell zu lösen

A 2: „Wolga-Deutsche“: 1763, nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges, von Zarin Katharina II. eingeladen und entlang der Wolga angesiedelte deutsche Bauern und Handwerker; bewahrten ihre Sprache, Religion und Sitten; 1924 entstand die „Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“, die nach dem Angriff der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg 1941 aufgelöst wurde; die Wolgadeutschen wurden wegen angeblicher Zusammenarbeit mit dem Feind nach Zentralasien (vor allem nach Kasachstan) zwangsumgesiedelt; 1964 wurden sie offiziell rehabilitiert, die Rückkehr in die früheren Wohngebiete wurde aber nicht gestattet; erst nach 1990 zogen Deutsche wieder an die Wolga; viele Wolga-Deutsche wanderten aber nach Deutschland aus („Aussiedler“).

„Siebenbürger Sachsen“: siehe dazu www.siebenbuerger.de, „Land und Leute“.

Seite 69, zu 3 und 4

A 3:

	politische Ereignisse
Juni 1953	Aufstand in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), dem von der Sowjetunion besetzten Teil Deutschlands, gegen die Politik der (kommunistischen) Regierung; nach 3 Tagen blutig beendet.
1961	Bau der Berliner Mauer durch die Regierung der DDR (offiziell „antiimperialistischer Schutzwall, in Wahrheit eine Maßnahme zur Fluchthinderung“)
Ende Oktober bis Mitte 1956	Volksaufstand in Ungarn gegen die kommunistische Regierung und die sowjetischen Truppen im Land; von sowjetischen Truppen blutig niedergeschlagen.
August 1968	Ende der „Sanften Revolution“ in der Tschechoslowakei durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes; Ende des Experiments „Kommunismus mit menschlichem Antlitz“.
Dezember 1981	Einführung des Kriegsrechts in Polen nach Monaten von Streiks und Unruhen.
1989/90	Fall der Berliner Mauer, Ende des „Eisernen Vorhangs“, Sturz des Regimes in Rumänien.
Auswirkungen auf Österreich	
1953	keine Auswirkungen auf Österreich
1956	Österreich nimmt über 200.000 Ungarn auf.
1968	Zehntausende Tschechen und Slowaken, die außerhalb der Tschechoslowakei von den Ereignissen in ihrer Heimat überrascht wurden, werden vorübergehend aufgenommen; über 12.000 bleiben auf Dauer
1981/82	Bis zu 120.000 Polen finden vorübergehend Aufenthalt; mehrere Tausend bleiben auf Dauer.

Seite 71, zu 6

A 1: Kindergärten und Schulen würden immer weniger genutzt werden, die Kapazitäten wären nicht ausgeschöpft; Personal müsste eingespart werden und da keine jungen

Arbeitnehmer mehr angestellt werden können, käme es zu einer Überalterung bei den Lehrern und Kindergärtner/innen. Andererseits würde immer mehr Personal in medizinischen und Pflegeberufen erforderlich werden.

Die Gesamtwirtschaft würde ohne die Jungen mit Sicherheit leiden, zumal durch die Überalterung der Bevölkerung immer höhere Kosten entstehen würden.

A 2: a) In allen Szenarien nimmt die deutsche Bevölkerung in den nächsten 50 Jahren ab (auf 70, 78 oder 85 % der Bevölkerung im Jahr 2000).

b) Das „Ziel“ dieser Szenarien ist es zu zeigen, dass Deutschland die Zuwanderung braucht, wenn der Bevölkerungsrückgang auf Grund des negativen Geburtenaldos nicht zu dramatisch ausfallen soll.

c) Wenn die Bevölkerung wirklich um rund ein Drittel abnimmt, steigt gleichzeitig der Anteil der älteren Menschen. Zu den Folgen siehe A1.

d) Die öffentliche Meinung in Deutschland (wie auch in Österreich) ist in Bezug auf Zuwanderung geteilt, wobei die Gegner klar in der Überzahl sind. Die politischen Parteien werden daher kaum offen für eine Zuwanderung eintreten, vor allem nicht, wenn Wahlen bevorstehen. Es ist daher nicht wahrscheinlich, dass es zu einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Menschen kommen wird. Die Bevölkerung Deutschlands wird daher deutlich abnehmen.

A 3: „Mit 77 in Pension“ ist derzeit in Österreich und Deutschland nicht vorstellbar, allerdings wird das offizielle Pensionsantrittsalter langsam angehoben.

„Mehr Frauen im Berufsleben“ scheitert oft an der Unvereinbarkeit von Familie und Karriere, da es nicht genug Kinderbetreuungsplätze gibt. In Ländern, wo die Betreuung der Kinder besser funktioniert, (z.B. Frankreich oder Niederlande) sind auch die Geburtenraten höher.

Am aussichtsreichsten ist der Versuch, die Arbeitsproduktivität zu steigern, wodurch weniger Arbeitskräfte benötigt würden. Das führte in der Vergangenheit aber auch zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Eine sinnvolle Kombination der genannten „qualitativen“ Maßnahmen mit der „quantitativen“ einer – geregelten – Zuwanderung wäre deshalb sinnvoll, weil Auswirkungen der demographischen Entwicklung deutlich gemildert würden.

6. RÄUMLICHE DISPARITÄTEN

6.1 Disparitäten in Europa

Die einzelnen Regionen Europas sind in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sehr unterschiedlich. Vor allem der Osten und Südosten haben noch viel an Entwicklung aufzuholen. Selbst innerhalb der EU gibt es noch große Unterschiede, die durch die Osterweiterung noch verstärkt wurden. Aber auch Länder, die schon länger der EU angehören, weisen große Disparitäten auf wie Spanien, Portugal und Griechenland, obwohl eines der Hauptziele der EU die Förderung der Entwicklung und die strukturelle Anpassung der schwachen Regionen ist.

Wie diese Ungleichheiten erfasst werden, mit welchen Maßnahmen sie beseitigt werden sollen und welche Europa am meisten beschäftigen, soll in diesem Kapitel diskutiert werden.

Zu den Aufgaben

Seite 72, zu 1

A 1: Bevor die Schüler an diese Aufgabe herangehen, sollte man die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, wie sie im Diagramm der Abbildung 72.1 dargestellt werden, mit ihnen besprechen.

In der Abbildung werden zwei Faktoren kombiniert: das natürliche Bevölkerungswachstum und der Wanderungssaldo. N+, M+ bedeutet, dass sowohl das natürliche Wachstum als auch die Nettowanderung positiv sind, N-, M- hingegen bedeuten, dass beide Faktoren negativ sind. Durch die Kombination beider wird die relative Zu- oder Abnahme der Bevölkerung ausgedrückt: So bedeuten z.B. N+ > M- Bevölkerungszunahme, N+ < M- eine Bevölkerungsabnahme.

A 2: Wenn das Diagramm richtig gelesen wird, ist auch diese Aufgabe leicht zu beantworten.

Seite 73, zu 2 und 3

A 1: Irland, Portugal, Griechenland und Spanien.

A 2: Besonders auffallend ist, dass es von den ehemals armen Ländern nur Irland gelungen ist, über den EU-Mittelwert zu kommen. Einige der wohlhabenden Staaten liegen zwar weiterhin über dem EU-Mittelwert, haben aber den Abstand dazu verringert, wie etwa das Vereinigte Königreich.

A 3: Nicht alle Ziele konnten bisher erreicht werden. Durch den gemeinsamen Binnenmarkt wurden die Exporte erleichtert und durch mehr Spezialisierung und den größeren Markt wurden Erleichterungen für Produzenten und Konsumenten erreicht. Der Ausgleich zwischen den Regionen konnte nur teilweise erfüllt werden. Auch die gemeinsame Währung wurde noch nicht in allen Staaten eingeführt.

Seite 74, zu 3

A 2: Zur Lösung dieser Aufgabe ist es notwendig, das Internet oder ein in der Schulbibliothek aufliegendes, statistisches Werk heranzuziehen (Fischer Weltatlas, Regionen: Statistisches Jahrbuch der Europäischen Kommission, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/regional_statistics).

A 3: Hier fällt auf, dass Österreich gegenüber anderen Staaten Europas sehr gute Werte aufweist.

Seite 75, zu 4 und 5

A 1: Diese Aufgabenstellung soll einmal mehr die noch bestehenden wirtschaftlichen Disparitäten Europas aufzeigen. Der wirtschaftliche Kernraum Europas zieht sich in Form einer Banane von den Industriezentren Englands bis ins Industriezentrum Norditaliens.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Was versteht man unter räumlichen Disparitäten?
2. Mithilfe welcher Kriterien lässt sich ein grober Überblick über die Wirtschaftskraft der einzelnen Staaten Europas gewinnen?
3. Welche Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung, ausgedrückt durch das BIP pro Kopf in KKS, haben EU-Staaten seit 1960 erfahren?
4. Welches sind die peripheren Räume Europas und durch welche Merkmale werden sie charakterisiert?
5. Welche Gebiete werden zurzeit als wirtschaftliche Kernräume Europas angesehen und wie sind sie strukturiert?
6. Welche sind die Hauptprobleme der EU?

Mögliche Lösungen

1. Räumliche Disparitäten sind regionale Unterschiede in der Gesamtentwicklung, im Einkommen, in der Wirtschaftskraft,

in der Bevölkerungsdichte, im Anteil der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftssektoren, in der Beschäftigungsquote ...

2. Die Wirtschaftskraft der einzelnen Staaten wird am einfachsten mithilfe des BIP/Kopf, umgerechnet auf Kaufkraftstandards (KKS), erfasst. Über die Verteilung der Einkommen unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates sagt dieses Kriterium allerdings nichts aus. Eine Bewertung der Staaten nach ihrer wirtschaftlichen Struktur bedarf daher weiterer Kriterien.

3. Zwischen 1960 und Mitte 1970 kam es zu einer deutlichen Angleichung der Wirtschaftskraft unter den einzelnen Staaten. Dieser Trend hat sich allerdings in den folgenden Jahrzehnten abgeschwächt. Ausnahmen davon bilden Irland, Portugal und die Mittelmeerstaaten.

4. Heute werden vier periphere Räume unterschieden. Sie weisen jeweils unterschiedliche Strukturmuster auf:

a) In der südlichen Peripherie liegen 15 der 20 ärmsten Regionen der Europäischen Union. Sie umfasst ganz Portugal, ganz Griechenland, große Teile Spaniens sowie Süditalien. Kennzeichnend sind ein geringer Modernisierungsgrad sowie Klein- und Kleinstbetriebe in der Landwirtschaft (Portugal, Nordwestspanien und Griechenland). Die Familien leben zum Teil am Existenzminimum, sind aber nicht arbeitslos. In Südwestspanien herrschen latifundienartige Betriebsstrukturen mit vielen Arbeitskräften vor, was die Wettbewerbsfähigkeit am europäischen Markt erschwert.

b) Die atlantische Peripherie umfasst Nordwestfrankreich, den Norden des Vereinigten Königreiches und Irland. Irland hat in den letzten Jahren deutlich aufgeholt. Trotz der Entwicklung von Dienstleistungs- und Hightech-Standorten hat sich der Arbeitsmarkt noch nicht umfassend belebt. Diese Region gehört heute zum wirtschaftlichen Kernraum .

c) Die nördliche Peripherie liegt innerhalb der kalten Klimazone und umfasst die mittleren und nördlichen Gebiete Norwegens, Schwedens und Finnlands. Sie ist dünn besiedelt, forstwirtschaftlich extensiv genutzt und hat eine geringe landwirtschaftliche Produktivität. Die Einkommen liegen vielfach über dem europäischen Durchschnitt.

d) Die Transformationsländer im Osten und Südosten bilden eine weitere Zone. Sie ist gekennzeichnet durch Anpassungsprobleme infolge des Übergangs von der Zentralverwaltungswirtschaft zur freien Marktwirtschaft: starke Geldentwertung, massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften, Zusammenbruch großer Teile der Industrieproduktion und des Handels. Zu dieser Zone zählen alle Staaten von Bulgarien bis Estland.

5. Die wirtschaftlichen Kernräume erstrecken sich in Form einer Banane von den süd- und mittlenglischen Industriezentren bis nach Norditalien. Sie sind wohlhabende Regionen mit guter Infrastruktur: gute Verkehrserschließung, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten und Kultureinrichtungen, hohe Finanzkraft ... Menschen, die in diesen reichen Regionen leben, stehen im Durchschnitt zwei- bis dreimal soviel Mittel zur Verfügung wie ihren Altersgenossen in manchen peripheren Zonen.

6. Die Hauptprobleme der EU sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Streit um die Förderung der Landwirtschaft.

6.2 Nordeuropa (Skandinavien): Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle

Seiten 78 bis 82

Während im Kapitel 6.1 für Europa die Disparitäten auf-

gezeigt wurden, wird nun versucht, an Einzelbeispielen deren Ursachen, das Ausmaß, den Vorgang und die daraus erwachsenden Folgen aufzuzeigen. Als erstes Beispiel wurden hier die skandinavischen Staaten gewählt. Ursachen für die Bildung unterschiedlich entwickelter Räume (Disparitäten) werden diskutiert und anschließend die Mechanismen aufgezeigt, die einer solchen Entwicklung eigen sind. Im Grunde genommen genügt es an einem Beispiel, die Zusammenhänge zwischen marginalen und zentralen Räumen aufzuzeigen. Geringe Einkommen, Mangel an Arbeitsplätzen und Armut sind stets jene Gründe, die den Menschen veranlassen, aus den marginalen Räumen wegzuziehen. Unterschiedlich sind oft nur die Ursachen, die zur Marginalität führen.

Zu den Aufgaben

Seite 78, zu 1

A 1 und A 2: Hier werden Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsverteilung gegenübergestellt. A 1 kann mithilfe des Fischer Weltatlas gelöst werden.

Seite 80, zu 4

A 1: a) Verschlechterung der ländlichen Versorgungssituation; b) qualitativer und quantitativer Bevölkerungsverlust; c) Abwanderung von Unternehmen; d) Verringerung der Steuereinnahmen, Schwächung der Finanzkraft der Gemeinden.

Seite 80, zu 6

A 1: Die bessere Verkehrserschließung bewirkt, dass abgelegene Gebiete besser erreichbar werden, die dort lebenden Menschen leichteren Zugang zu Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen, Absatzmärkten und neuen Arbeitsplätzen bekommen. Durch die neue Mobilität jedoch pendeln die Menschen nicht nur zur Arbeit aus, sondern auch zum Großeinkauf. Dadurch aber lassen sich Kaufhäuser im Heimatort oft nicht mehr rentabel führen. Auch andere Einrichtungen können dadurch betroffen werden wie ärztliche Versorgung und Schulen. Die Infrastruktur verschlechtert sich und der Prozess der Landflucht erhält einen neuen Impuls.

Seite 81 zu 7

A 1: Diese Aufgabe sollte im Zusammenhang mit Abschnitt 2 auf Seite 78 und der dazugehörigen Arbeitsaufgabe gesehen werden.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Welche Merkmale kennzeichnen die Bevölkerungsverteilung in den skandinavischen Staaten?

2. Welche sind die Ursachen dieser ungleichen Verteilung der Bevölkerung und welche Folgen ergaben sich daraus?

3. Wo liegen die Hauptzentren wirtschaftlicher Aktivitäten in Nordeuropa?

4. Welche zusätzlichen Probleme sind durch die jüngsten Entwicklungen entstanden?

5. Welche Entwicklungen fanden in den ursprünglichen Zentralräumen statt?

6. Welcher Raum wurde durch beide Entwicklungen eher negativ beeinflusst?

Mögliche Lösungen

1. Die Bevölkerungsverteilung in den skandinavischen Staaten ist gekennzeichnet durch eine Abnahme der Bevölkerungsdichte von Norden nach Süden und eine Zunahme der Bevölkerungsdichte vom Landesinneren zu den Küsten.

2. Die ungleiche Verteilung der Bevölkerung im Norden Europas ist nicht nur von den Naturgegebenheiten (Klima und Böden) abhängig, sondern wurde durch die ungleiche Einkommensentwicklung zwischen den ländlichen und den städtisch-industriellen Zentren ausgelöst. Viele Fachkräfte, darunter vor allem junge Menschen, wanderten in die Industriegebiete ab. Dadurch wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der den ländlichen Raum immer mehr benachteiligte: Nachfragerückgang im Einzelhandel, Verschlechterung der Versorgung, Verringerung der Steuereinnahmen und Schwächung der Finanzkraft der Gemeinden, mangelnde Infrastruktur, sinkende Wohn- und Standortqualität, Rationalisierung, Abwanderung von Unternehmungen und Arbeitsplatzverlust.

3. Die Hauptzentren wirtschaftlicher Aktivitäten Nordeuropas liegen im klimatisch günstigeren Süden, vornehmlich um die Hauptstädte.

4. Ein Hauptproblem der jüngsten Entwicklung ist die immer größer werdende Fremdbestimmung der regionalen Zentren. Sie wurde dadurch verursacht, dass immer mehr Massenproduktion dorthin verlagert wurde. Sie erfordert wenig Ausbildung. Fachkräfte sind daher kaum gefragt, sie wanderten in die Zentren ab. Dies machte es den ortsansässigen Unternehmungen immer schwieriger, entsprechende Fachkräfte zu bekommen. Die Konkurrenz für die Klein- und Mittelbetriebe wurde immer größer. Ihre Anzahl nahm ab. Dadurch wurde das Wirtschaftsgeschehen immer mehr von den Zentren aus gesteuert.

5. In den großen Zentralräumen konzentrierten sich immer mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte mit hohem Einkommen und entsprechendem sozialen Status. In letzter Zeit wanderten aber auch aus den Zentralräumen Menschen ab. Sie suchten Wohn- und Arbeitsplätze außerhalb der Zentren mit einer höheren Lebensqualität (bessere Umweltbedingungen).

6. Eher negativ beeinflusst wurden, abgesehen vom ländlichen Raum, die regionalen Zentren. Sie konnten nicht mehr so sehr auf eigene Ressourcen und Initiativen bauen, sondern wurden immer mehr vom Wohlwollen anderer abhängig.

6.3 Kroatien: der mühsame Weg eines neuen Staates

Seiten 83 bis 86

Die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Teilstaaten des ehemaligen Jugoslawien führten 1991 zum Zerfallskrieg des jugoslawischen Vielvölkerstaates. Kroatien wurde im Oktober 1991 formell ein unabhängiger Staat.

Zu den Aufgaben

Seite 84, zu 2

A 1: Flüchtlingsehend, der Verlust von Märkten im ehemaligen Staatsverband und das Fernbleiben der Touristen im adriatischen Raum waren die Folgen eines mörderischen Krieges. Wegen mangelnder Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft blieben Hilfs- und Strukturprogramme aus. Für den landschaftlich stark differenzierten, jungen Staat war es außerdem schwierig, regionale und zentrale Interessen aufeinander abzustimmen.

Seite 85, zu 4 und 5

A 4 und A 5: Aus der Abbildung 86.1 lassen sich zwei wirtschaftliche Schwerpunktregionen herauslesen: Zagreb und der mittlere Teil von Slawonien einerseits und der

adriatische Küstenraum andererseits. Benachteiligt hingegen sind das Binnenland Istriens und das Hinterland im Osten der adriatischen Küste.

Seite 86, zu Tabelle 1 (S. 84) und 2

A 2: Unter der Einwirkung des Krieges haben vor allem die Industrie und der Fremdenverkehr gelitten. Das BIP pro Kopf ist dadurch zeitweise stark gesunken. In der jüngsten Zeit aber hat vor allem der Fremdenverkehr wieder zugenommen.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Mit welchen Problemen haben alle ehemaligen sozialistischen Staaten auf dem Weg zur Demokratisierung zu rechnen?

2. Welchen besonderen Problemen stand Kroatien gegenüber?

3. Wo liegen die wirtschaftlichen Schwerpunkte heute?

4. Wie ist die wirtschaftliche Gesamtentwicklung Kroatiens bis heute verlaufen?

Mögliche Lösungen

1. Alle ehemaligen sozialistischen Staaten stehen auf dem Weg in die Demokratie vor denselben drei Hindernissen:

a) die zunehmende Differenzierung zwischen Stadt und Land zum Nachteil des ländlichen Raumes,

b) die Probleme in Gebieten mit ehemaligen sozialistischen Großbetrieben mit geringer Arbeitsleistung und

c) ein sich herausbildendes West-Ostgefälle durch Vorteile jener Regionen, die an die hoch industrialisierten Staaten des Westens grenzen.

2. Die besonderen Probleme, die der jungen Staat Kroatien zu überwinden hatte, waren die großen Zerstörungen durch den Krieg, die vielen Flüchtlinge, der Verlust von Absatzmärkten, ausbleibende internationale Hilfe und die unterschiedlichen regionalen Interessen.

3. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte liegen heute im Raum Zagreb, in Slawonien (Industrie) und an der adriatischen Küste (Fremdenverkehr und Schiffsbau).

4. Kroatien hat sowohl im Dienstleistungssektor als auch in der Industrie stark aufgeholt. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft nimmt ab. Ein wichtiger Schritt im Verkehrswesen war die Eröffnung der Autobahn Zagreb – Split im Juni 2005.

6.4 Irland: der Weg aus der Unterentwicklung

Seiten 87 bis 89

Kein anderes Land der EU hat einen derart stetigen Aufstieg seit seiner Mitgliedschaft in der Gemeinschaft geschafft wie Irland. Vor dem Beitritt noch an der wirtschaftlichen Peripherie, gehört es heute trotz Krise zu den Staaten Europas mit dem höchsten BIP pro Kopf. Aus dem ehemaligen Auswanderungsland wurde ein Land mit lange wachsender Wirtschaft. Die Iren verstanden es, zum Unterschied einiger anderer EU-Staaten, die großzügigen Fördermittel der EU zum Aufbau neuer Industrien zu nutzen. Auch die Krise von 2008 wird mit Hilfe der EU-Mittel langsam überwunden.

Hinweise zur Lernkontrolle

1. Warum blieb Irland noch lange nach dem Beitritt zur EU

ein unterentwickeltes Land?

2. Welche Faktoren haben Irland den Anschluss an die wohlhabenden Staaten Europas ermöglicht?

3. Welchen Preis musste Irland für seinen Aufschwung zahlen?

Mögliche Lösungen

1. Irland war lange Zeit die verlängerte Werkbank für ausländische Konzerne, die vornehmlich wenig ausgebildete und schlecht bezahlte irische Arbeitskräfte beschäftigten. Das traditionelle Gewerbe und die traditionelle irische Industrie profitierten davon kaum, weil sie als Zulieferbetriebe für die Konzerne nicht gefragt waren, da ihre Produkte von diesen nicht gebraucht wurden.

2. Infolge der neuen Förderprogramme, die auf Hightech und auf die Förderung der chemischen und pharmazeutischen Industrie ausgerichtet waren, konnten die Fördergelder der EU erfolgreich eingesetzt werden. Sehr gefragt war hier eine starke Eigeninitiative.

3. Auf Grund des Aufstiegs Irlands zu den wohlhabenden Ländern, wurden die Fördergelder von Seiten der EU nach und nach gekürzt und sind 2005 ausgelaufen. Die Wirtschaftskrise ab 2008 führte auch in Irland zu großen Budgetproblemen.

6.5 Zypern: Gegensatz Norden – Süden

Warum gerade Zypern? Es gibt mehrere Begründungen für diese Wahl. Politisch-geographisch interessant ist die Insel wegen der aktuellen Konflikte, die auf teilweise jahrhundertalte Fakten zurückgehen. Wirtschaftsgeographisch interessant ist Zypern, weil auf dieser doch kleinen Staatsfläche – ungeachtet des gleichartigen Naturraumpotentials und der allgemeinen Lagebedingungen – sich durch eine politische Teilung unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen herausgebildet haben. Es kann somit der Unterschied zwischen Zentrum und Peripherie gut herausgearbeitet werden. Schließlich ist Zypern als EU-Mitgliedstaat prinzipiell interessant, der Beitrag ist auch als Pars-pro-toto-Beispiel für eine regionalgeographische Skizze zu verstehen. Die Bankenkrise von 2013 ist nicht Thema dieses Kapitels.

Zu den Aufgaben

Seite 90, zu 1

A 1: individuell zu lösen.

A 2: Sehr viel längere Anwesenheit der Griechen als der Türken auf der Insel; osmanisch-türkische Herrschaft über die Griechen seit 1571; Traum vom Anschluss der Insel an Griechenland; Bürgerkrieg in den 1960er-Jahren; Verdrängung der Zyperntürken ab 1964 aus der Verwaltung des Staates; Spaltung der Insel 1974 durch türkische Invasion mit Tausenden Flüchtlingen.

Seite 92, zu 3 und 4

A 1: Für Nordzypern sprach 1974: wichtigster Hafen Famagusta, bedeutendste Tourismusgebiete, größtes Grundwasservorkommen und Großteil der fruchtbaren Mittelebene sowie die großen Zitrusfruchtanlagen im Besitz Nordzyperns.

Für Südzypern sprach 1974: Kraftwerke und Saftabfüllanlagen im Besitz Südzyperns.

A 2: Durch die umfangreiche finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, aber auch durch die eigene Tüchtigkeit der Bevölkerung, entwickelte sich Südzypern sehr gut: Ausbau der Infrastruktur (Flughafen Larnaca statt Nikosia; Hafen Famagusta statt Limassol); Erschließung neuer Tourismusre-

gionen um Paphos und Limassol; Förderung der Schifffahrt und des Bankwesens (Bankgeheimnis!); Modernisierung der Landwirtschaft für höhere Selbstversorgung und umfangreichen Export (Südfrüchte, Frühkartoffel).

A 3: Der Staat ist international nicht anerkannt; mühsamer Aufbau einer eigenen Verwaltung; Abhängigkeit von der Türkei; kleiner Binnenmarkt; geringe Exporte; schwacher Tourismus; brach liegende Ackerflächen; geringe Industrialisierung; Mangel an Fachleuten.

6.6 Regionalentwicklung über Grenzen hinweg

Dieses Kapitel dient zur Bearbeitung des Lernziels „Erfassen der Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für die Raumentwicklung“. In den ersten beiden Absätzen werden allgemeine Gesichtspunkte erörtert, darauf folgen zwei konkrete Raumbeispiele. Selbstverständlich können und sollen auch andere regionale Beispiele herangezogen werden. Hingewiesen sei darauf, dass Euregios mit Österreichbezug in der 7. Klasse im Lehrplan gefordert sind. Der Begriff Euregio wird sich wahrscheinlich durchsetzen, es ist jedoch auch immer noch die Bezeichnung Euroregion gebräuchlich.

Zu den Informationen sind Ergänzungen aus dem Internet sehr empfehlenswert. Nützliche Adressen: <http://europa.eu>, www.euregio.at, www.euregio.de, www.euroregion-naisse.de, www.euregio.lu (deutsch und französisch), <http://de.wikipedia.org/wiki/Saar-Lor-Lux>.

Seite 93, zu 1 und 2

A 1: Beispielhaft seien genannt die Napoleonischen Kriege Frankreichs gegen die meisten Staaten Europas, Kriege Frankreichs und Italiens gegen Österreich, Krieg Preußens gegen Österreich (1866), deutsch-französischer Krieg (1870/71), Balkankriege 1911/12, 1. Weltkrieg (1914-1918), 2. Weltkrieg (1939-1945).

A 2: individuell lösbar.

Seite 95, zu 3

A 1: (Die Schülerinnen und Schüler sollten erkennen, dass man mit einer einzigen Karte nicht die Wirtschaftsstruktur einer Region zur Gänze erfassen kann. Also sollen sie mehrere geeignete Karten verwenden. Auch die Verwendung von Informationen aus dem Internet ist angebracht!) Kurz gesagt handelt es sich bei dieser Euregio um ein altes Bergbau- (Eisenerz, Steinkohle) und Stahl-/Metallindustriegebiet in Restrukturierung, wobei Luxemburg am erfolgreichsten den Dienstleistungssektor ausgebaut hat.

A 2: Die Verwaltungsgrenzen sind auch für die politische Abgrenzung (Gemeinden, Bezirke) von Bedeutung – neue Schwierigkeiten könnten dadurch entstehen, wenn Gemeinden etwa für verschiedene Aufgaben unterschiedlichen Verwaltungseinheiten zugeordnet würden.

A 3: Ein praktisches Beispiel: Die Schülerversammlung möchte ein Sportfest organisieren. Für die Gesamtorganisation ist die gesamte Schülerversammlung sicher am besten geeignet, für das Angebot an Sportarten aber sollte vielleicht jede einzelne Klasse entscheiden.

A 4: Im Städtenetz a) trennt die Staatsgrenze die Beziehungen zwischen den kleineren Zentren völlig, nur auf hoher Zentralität gibt es Beziehungen. Im Städtenetz b) hingegen gibt es auch Beziehungen zwischen den kleineren Zentren. Die nun „offene Grenze“ zwischen dem Burgenland und Westungarn wird dazu führen, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen enger werden

und Ödenburg/Sopron zu einer wichtigen Einkaufsstadt für das Burgenland werden wird (viele Ansätze dazu sind schon vorhanden!). Umgekehrt können Eisenstadt und Mattersburg für die ungarische Bevölkerung zu Einkaufsorten werden, was ebenfalls schon der Fall ist.

Seite 95, zu 4:

A 1: (Die Schülerinnen und Schüler sollten erkennen, dass man mit einer einzigen Karte nicht die Wirtschaftsstruktur einer Region zur Gänze erfassen kann. Also sollen sie mehrere geeignete Karten verwenden. Auch die Verwendung von Informationen aus dem Internet ist angebracht!) Kurz gesagt handelt es sich bei dieser Euroregion um ein Gebiet, das auf eine alte handwerkliche und teilweise auch industriell-bergbauliche Tradition zurückblicken kann. Der deutsche und der polnische Anteil leiden unter der peripheren Lage, der tschechische Teil leidet unter dem Niedergang der bis vor kurzem florierenden Textilindustrie. Die Hauptorte sind Zittau, Reichenberg (Liberec) und Jelenia Gora.

A 2: Das 20. Jahrhundert, vor allem die Zeit des Nationalsozialismus, hat die meisten „historischen Lasten“ aufgetürmt: 1938 Besetzung des Sudetenlandes durch Deutschland, 1939 Krieg Deutschlands gegen Polen und Besetzung des polnischen Gebietes durch Deutschland, 1945 Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus den tschechischen und polnischen Gebieten.

Literaturhinweise:

Zu Kapitel 1:

Heinz Fassmann: Wo endet Europa? Anmerkungen zur Territorialität Europas und der EU. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 144 (2002) S. 27-36.

Harald Hitz (Hg.): Das „neue“ Europa – Anregungen für den GWK-Unterricht (= Materialien zur Fachdidaktik der Geographie und Wirtschaftskunde 19, Eigenverlag des Instituts für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien 2005)

Elisabeth Lichtenberger: Quo vadis Europäische Union? In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft 146 (2004) S. 13-42.

Elisabeth Lichtenberger: Europa (Darmstadt 2005, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, erscheint im Spätherbst)

Walter Sperling / Adolf Karger (Hg.): Fischer Länderkunde Europa (Frankfurt/Main 1978, Fischer Taschenbuchverlag; für bestimmte allgemeingeographische Merkmale noch immer für den Unterricht geeignet!)

Hartmut Volkmann: Europa. Neuordnung eines Kontinents (Braunschweig 1995, Westermann Verlag)



Aus dem Begleitheft zu RGW 6 NEU

